

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3163

Der glänzende Aufstieg unseres Verbandes im Jahre 1907. — Protest gegen die Koalitionsrecht-Beschränkung in Breslau. — Die Lage der städtischen Arbeiter in Chemnitz. III. — Haben wir ein Koalitionsrecht in Stendal? — Unsere Lohnbewegung in Stettin. — Mitgliederbewegung im Jahre 1907. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter in Marburg. — Städtische Beamte und Armenunterstützung. — Rechenschaftsbericht der Generalkommission für 1907. II. — Aus der Praxis für Arbeiterversicherung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadiparlamenten. — Aus unserer Bewegung. Mundschau. — Einleitung der Haupttasche.

verzeichnen. Im 4. Quartal 1907 hatten 86,39 Proz. der buchmäßigen Mitglieder volle 13 Wochen gesteuert. Ein Resultat, das uns in hohem Maße befriedigen muß. Wir wollen hoffen, daß dieser Zug zur Ordnung und Pünktlichkeit anhält, denn es liegt im eigensten Interesse jedes Mitgliedes, mit seinen Beiträgen auf dem Laufenden zu sein.

Die Werbekraft unseres Verbandes drückt sich zum größten Teil in den Renaufnahmeziffern aus. Hier haben wir schon seit 3 Jahren das annähernd gleiche Resultat von ca. 12000 Aufnahmen pro Jahr. Wenn wir auch nicht verkennen wollen, daß ein gut Teil der fluktuierenden die städtischen Betriebe wieder verlassen haben und sie dadurch für unsere Organisation verloren gingen, es bleibt doch die Tatsache bestehen, daß mancher stolze den Beitritt zur Organisation nicht genügend ernst nimmt und aus Bequemlichkeit oder sonstigen untergeordneten Anlässen unsere Reihen wieder verläßt. Wenn wir den Hauptwert auf eine prinzipielle, aufklärende Agitation legen, so wird nach dieser Richtung hin wohl eine Besserung möglich sein.

Es wäre noch verlockend, den Nachweis zu führen, daß die zahlenmäßige Entwicklung der einzelnen Filialen recht verschieden ist. Doch mag das den Kollegen an den einzelnen Orten überlassen bleiben. Jedenfalls haben die Filialleitungen eventuell neue Mittel und Wege ausfindig zu machen, um ihre Filiale nicht gar zu sehr hinter dem Reichsdurchschnitt bezüglich der Mitgliederzunahme hermarschieren zu lassen. Eine Vergleichskontrolle ist jedem Mitgliede leicht möglich.

Nicht minder günstig wie unser Mitgliederzuwachs stehen unsere Finanzen. Wohl so mancher von uns hat die seinerzeit aus Anlaß der geplanten Erwerbslosenunterstützung aufgestellten Berechnungen für zu günstig angesehen. Das kam auch bei der Statutenberatung auf unserem letzten Verbandstag deutlich zum Ausdruck. Aber bis jetzt hat unser Finanzminister mit seiner Aufstellung Recht behalten und wenn wir nach den Ergebnissen des 4. Quartals 1907 unser Urteil abgeben sollen, so erscheint die Basis unserer Unterstüßungseinrichtungen durchaus solide.

Aber werfen wir zuvor noch einen Rückblick auf nachstehende Zahlen:

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	insgesamt	pro Mitgl.
1896/97	3 495,20	2 712,45	782,75	782,75	1,26 Mk.
1898	7 000,31	5 133,43	1 866,88	2 603,35	2,04
1899	20 257,77	15 559,65	4 698,12	7 301,47	3,07
1900	27 153,90	23 195,96	3 957,94	11 250,51	3,29
1901	36 374,77	31 602,28	4 772,49	15 972,—	4,03
1902	48 371,05	42 308,03	6 063,02	21 975,02	4,29
1903	60 981,08	52 779,97	8 201,11	30 170,98	3,62
1904	123 553,32	104 813,85	18 739,47	48 916,45	4,61
1905	204 369,77	157 444,20	46 925,57	95 812,02	5,71
1906	320 251,97	284 660,58	35 591,39	131 433,41	7,07
1907	469 822,61	356 615,64	113 206,97	244 640,38	10,81

Der glänzende Aufstieg unseres Verbandes im Jahre 1907.

Nachdem wir bereits in Nr. 3 d. J. die Entwicklung unserer Organisation im verfloßenen Jahre zahlenmäßig gezeigt, sowie einige Parallelen zwischen den beiden letzten Jahren gezogen haben, sind wir nunmehr in der Lage, an Hand der in Nr. 11 gegebenen Jahresabrechnung sowie der Mitgliederbewegung pro 1907 den genaueren Nachweis zu führen, daß unser Verband auch im letzten Jahre einen glänzenden Aufstieg zu verzeichnen hat. Es liegt im Interesse unserer weiteren Agitation, die nachfolgenden Zahlen einer aufmerksamen Betrachtung zu unterziehen.

Beginnen wir bei den Mitgliederziffern, so ergibt sich folgendes Bild:

Jahres	Filialen	Buchmäßige Mitglieder	zahlende Mitglieder zu 13 Wochen
1896	4	400	—
1897	7	924	621
1898	11	1 601	1 172
1899	11	3 479	2 371
1900	15	4 723	3 417
1901	19	5 118	3 952
1902	26	6 974	5 126
1903	31	10 393	8 316
1904	42	13 726	10 605
1905	52	20 818	16 790
1906	70	23 238	18 579
1907	90	26 207	22 641

Witlin haben wir im letzten Jahre wiederum an 20 Orten mehr einlegen können. Die Gesamtzunahme beträgt pro 1907 2069 Mitglieder — 12,78 Proz. Das erscheint bei oberflächlicher Betrachtung nicht all zu günstig. In Wirklichkeit verleiht sich aber das Bild ganz wesentlich, indem infolge Einziehens sämtlicher Wähler am 1. Oktober 1907 auch die Mitgliederlisten gründlich revidiert werden konnten, so daß die allzusehr im Beitrag rückständigen Kollegen gestrichen worden sind. So haben wir jetzt zuverlässige Zahlen. Das zeigt sich vor allen Dingen bei den vollzahlenden Mitgliedern. Die eine

Zunahme von 1062 Mitglieder — 21,86 Proz.

Der Vermögensstand hat sich also seit dem letzten Jahre nahezu verdoppelt. Allerdings dürften wir dabei nicht vergessen, daß bis zum 1. Oktober 1907 wohl die höheren Beiträge zu leisten waren, die Erwerbslosen-Unterstützung aber erst im 4. Quartal zur Auszahlung gelangte. Also ein so günstiges Finanzjahr werden wir nicht so leicht wieder bekommen.

Wir haben nunmehr ein Vermögen

von 10,81 Mfl. pro Mitglied.

Das muß unserer Freude über das finanzielle Ergebnis dieses Jahres insofern einen kleinen Dämpfer aufsetzen, als wir aus dieser noch recht minimalen Summe sehr deutlich ersehen können, wohin wir Steuern müssen: Aufwärts, viel mehr aufwärts mit den Beiträgen! muß es heißen, und wenn auch ein großer Teil Kollegen diese Parole nicht hören mag, sie bleibt doch die einzig richtige Schlussfolgerung. Wir haben einige Gewerkschaften in Deutschland, die ein Vermögen von über 100 Mfl. pro Kopf haben, sie sind also zehnmal schlagfertiger und stärker wie wir, bei der wohlberechtigten Voraussetzung der gleichen geistigen Spannkraft ihrer Mitglieder. Uns schwebt als nächstes Ziel ein Vermögensbestand von 20–25 Mfl. pro Kopf vor. Wenn der nächstjährige Dresdener Verbandstag die richtigen Schlüsse aus der letzten Geschäftsperiode zieht, so dürften die Grundlagen für unsere Wünsche bald geschaffen werden. Jedenfalls hat sich die ganz allgemein in den deutschen Gewerkschaften festgestellte Tatsache auch bei uns gezeigt, höhere Beiträge ermöglichen höhere Leistungen; höhere Leistungen mindern die Fluktuation und erleichtern die Agitation.

Die Einnahmeposten geben zu besonderen Betrachtungen kaum Anlaß. Anders die Ausgaben. Im Jahre 1906 hatten wir über 20.000 Mfl. für den Verbandstag inklusive Konferenzen zu zahlen. Die Summe für Konferenzen ist 1907 auf 2800 Mfl. zusammengeschrumpft. Diese beiden Zahlen werden uns wohl dazu bringen, die dreijährige Geschäftsperiode beizubehalten.

An Streikunterstützung hatten wir 1906 insgesamt 19.200 Mfl. bezahlt. Im Jahre 1907 zahlten wir für unsere streikenden Kollegen 7950 Mfl., an andere Gewerkschaften 1900 Mfl., insgesamt also nahezu 10.000 Mfl. weniger. Schon aus diesem Vergleich kann man sehen, wie leicht eine größere Zuaniprüdnahme unserer Klasse sich notwendig machen kann. Im verfloffenen Jahre hatten wir eben eine Anzahl glücklicher Operationen in Hamburg, München, Berlin usw., wo — hart auf des Meßers Schneide — große Kämpfe vermieden wurden.

Die Gemahregeltenunterstützung mit 5229 Mfl. hielt sich auf annähernd gleicher Höhe wie im Jahre 1906, ebenso der Rechtschutz mit 1008 Mfl. Wir können aus der verhältnismäßig hohen Summe für Gemahregeltenunterstützung jedenfalls den Schluß ziehen, daß sich eine ganze Anzahl von Stadtverwaltungen noch immer nicht zur vollen Anerkennung des Koalitionsrechts aufschwingen kann.

Die Sterbeunterstützung hingegen ist um Doppelt gestiegen. Die Gesamtausgabe für Männer und Frauen betrug 1907: 16.410 Mfl., entsprechend der Zunahme und Stabilität unserer Mitglieder.

Die im letzten Jahre mehrfach eingerichteten Gaubureaus haben natürlich das Konto Agitation arg belastet. 1906 zahlten wir für Agitation und Lohnbewegungen 36.000 Mfl. Im Jahre 1907 ist der Posten getrennt. Wir verausgabten durch die Gaubureaus allein 57.186 Mfl., wozu noch 6401 Mfl. durch das Hauptbureau kommen. Insgesamt also für Agitation und Lohnbewegungen 63.587 Mfl. Die zum Teil neu eingerichteten Gaue werden sich in den nächsten Jahren aber wohl ganz sicher reichlich bezahlt machen.

Die Ausgaben für die „Gewerkschaft“ betragen bei vierzehntägigem Erscheinen im Jahre 1905: 23.800 Mfl. Sie stiegen 1906 bei achttägigem Erscheinen auf 32.500 Mfl. und

betragen 1907: 42.424 Mfl. Von dieser Steigerung wäre allerdings die durch unser Anwachsen bedingte Ausgabe für die größere Auflage, Porto usw. in Abzug zu bringen. Immerhin stieg die Ausgabe pro Mitglied von 179,5 Pf. in 1906 auf 204,8 Pf. im Jahre 1907. Schon auf dem letzten Verbandstag war eine Ausdehnung auf regelmäßig 16 Seiten in der Publikation vorgelesen und die Ausgabe auf ca. 46.000 Mfl. veranschlagt (bei 26.000 Exemplaren). In diesem Jahre dürfte bei allerdings 32–35.000 Exemplaren und zumeist zwölfseitigem Erscheinen die veranschlagte Summe sogar überholt werden. Immerhin kann unser wichtigstes Agitationsmittel — die Presse — wohl etwas Opfer verlangen. Sie machen sich gewiß bezahlt. Zu beachten ist noch, daß die vorstehenden Zahlen sich inkl. „Sanitätswarte“ verstehen.

Entsprechend unserem Wachstum stieg der Beitrag für die Generalkommission von 2836 Mfl. auf 4082 Mfl. pro 1907. Für Unterrichtskurse und Bildungsmittel wurden 1762 Mfl. aufgewandt.

Von den Verwaltungskosten seien die Gehälter erwähnt, die von 11.173 Mfl. auf 15.005 Mfl. stiegen. An Materialien für die Filialen wurden 1906 aufgewandt 4539 Mfl. Diese Summe stieg infolge der Neueinrichtungen aller Art auf 10.871 Mfl.

Wenden wir uns zum Schluß noch kurz der neu eingeführten Erwerbslosen-Unterstützung zu. Zwar ermöglicht das vorliegende 4. Quartal noch kein völlig abschließendes Urteil, doch dürfte die seinerzeit auf dem Verbandstag vorgeführte Begründung so ziemlich das Richtige treffen. Dort sind nämlich 3½ Proz. Erwerbslose zugrunde gelegt. Im 4. Quartal 1907 gelangten zur Auszahlung 13.306 Mfl., und zwar Arbeitslosenunterstützung 977 Mfl., Strafenunterstützung 12.329 Mfl. Diese Summe durch die derzeit höchste Auszahlungssumme von 16 Mfl. geteilt, ergibt 831,6 Unterstüßungsfälle oder 3,68 Proz. Der seinerzeit angenommenen Zahl von 3½ Proz. ist also nur ganz wenig überhritten.

Ebenso könnten wir noch den zahlenmäßigen Beweis führen, daß die angesammelten Gelder in Verbindung mit den für die Erwerbslosen-Unterstützung anzurechnenden neuen Beiträgen von 5 Pf. pro Kopf und Woche sich annähernd im Rahmen der seinerzeit aufgestellten Unterlagen halten. Es sind nämlich verausgabt 4,52 Pf. pro Kopf und Woche. Unsere Erwerbslosen-Unterstützung steht also, wie gesagt, auf durchaus solider Basis. Aber wir möchten die Kollegen schließlich nicht gar zu viel mit Zahlen füttern. Darum sei nur noch einmal darauf hingewiesen, daß alle, aber auch alle Beschränkungen bezüglich der Erwerbslosen-Unterstützung durch die Tatsachen widerlegt sind. Es kann für unsere Organisation — darüber dürfte es jetzt nur eine Meinung geben — sich nur um den weiteren Ausbau dieses Unterstützungszweiges handeln. Das dürfte die wichtigste Lehre aus dem Klassenbericht des Jahres 1907 sein.

Fast in allen größeren Gemeinden sind nun die Haushalts-etats verabschiedet. Sie haben uns zumeist wenig oder gar keine Verbesserung unserer Lohnverhältnisse gebracht. Man hat sogar in einigen Städten die sinkende Konjunktur dazu benutzt, den Lohn der städtischen Arbeiter herabzusetzen oder ihre Zahl zu mindern. Das lehrt uns, wie sehr auch wir den Gezeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausgeliefert sind. Es lehrt uns aber auch die Notwendigkeit der gleichen Abwehrmittel gegenüber unseren Unternehmern wie die private Arbeiterchaft. Energische Vertretung unserer Interessen, solidarisches Handeln und geistige Fortbildung ermöglicht unser Zusammenschluß in der Organisation.

Mögen uns die vorgeführten Zahlen anspornen, mit Eifer gegen Indifferentismus und Herrentum zu kämpfen. Die weiteren Erfolge werden nicht ausbleiben.

Protest gegen die Koalitionsrecht-Einschränkung in Breslau.

Die neueste Aktion des Breslauer Magistrats gegen unseren Verband, in Nr. 14 der „Gewerkschaft“ eingehend behandelt, hat in den Kreisen der Arbeiterschaft starke Erbitterung hervorgerufen. Selbst ein großer Teil des Bürgertums ist allgemach zu einer Verurteilung der magistratischen Koalitionsrechts-Einschränkung gekommen. Das Breslauer Gewerkschafts-Tariffblatt hielt sich auf Grund dessen für verpflichtet, zu Mittwoch, den 1. April, eine Protestversammlung nach dem „Gewerkschaftshaus“ einzuberufen, in welcher die Stellung des sogenannten „liberalen“ Magistrats zum Koalitionsrecht seiner Arbeit auf der Tagesordnung stand. Nach dem einleitenden Referat unseres Verbandsvorsitzenden Albin Kohn-Wein kamen noch der Stadtb. Vöbe, der Markellvorstehende Grunow sowie die Kollegen Kehrlein, Mohaupt, Studt II und andere zu Wort. Alle übten sie Kritik am Vorgehen des Magistrats. Besonders hervorgehoben wurde der langjährige Kampf der Stadtverwaltung gegen unseren Verband. Maßregelungen von Arbeitern, die viele Jahre auf den städtischen Werken tätig gewesen, hat es nur so geregnet. Im größeren Umfang sind solche erfolgt im März 1902, Dezember 1905 und März 1908. Jedenfalls „ganz zufällig“ hat dies immer den Vorsitzenden der Ämter, zweimal den Kassierer, fast regelmäßig aber Beiratsmitglieder der Organisation getroffen. Theoretisch erkennt man das Koalitionsrecht der Arbeiter wohl an, in der Praxis gerät man jedoch hiermit in offensichtlichen Widerspruch.

Die Maßregelungsstatistik unserer Organisation zeigt Breslau obenan. Hinsichtlich der Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen stand es hingegen bis 1901 an letzter Stelle, wenn man die Größe der Stadt in Betracht zieht.

Die vom Magistrat geschaffenen Verbesserungen sind von der Organisation unumwunden anerkannt worden. Das haben zahlreiche Versammlungsreden und Resolutionen, die in unserem Organ, der „Gewerkschaft“, und der „Breslauer Volkswacht“ wiedergegeben sind, klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Ohne Drängen des Verbandes hat man sich aber zu herzlich wenig Zugeständnissen herbeigelassen. Wenn in diesem Kampfe der Arbeiter um eine bessere Existenz nicht immer ein salonfähiger Ton angeschlagen worden ist, ist das bei der geringen Schulbildung der Arbeiter und den nicht gerade musterhaften Vorbildern der Magistratsvertreter, wie speziell im neuesten Maß gezeigt, entschuldbar. Ein derartiger Ton wie seitens des Magistrats ist von den Arbeitern jedenfalls nie angeschlagen worden. Der Magistrat fühlt sich eben als unumschränkter Herrscher. Das sagt nicht allein der Ton, sondern auch die Stellung zu Verhandlungen mit unserer Organisation. Bisher hat man uns stets abgewiesen. Und dies, trotzdem die Magistratsvertreter als Beamte des Gewerbegerichts, einer städtischen Behörde, bei Lohnkämpfen in der Privatindustrie die Organisationsvertreter hinzuziehen. Von Tarifabschlüssen mit den eigenen Arbeitern und deren Organisation will man nichts wissen. Dem Magistrat müßten demnach erst noch gute Vorbilder gegeben werden. Solch einen hartnäckigen Unternehmerrandpunkt schrebt allerdings nicht jede Stadtverwaltung heraus. Eine Forderung auf diesem Gebiet kann nur durch Stärkung der Organisation der städtischen Arbeiter und höhere Arbeitervertreterzahl im Stadtparlament erfolgen. Hierzu müssen alle Arbeiter beitragen.

Wer Arbeiter jedoch, wegen mangelnden Wohlwollens, entläßt, soll bedenken, daß solches nicht erzwungen sondern nur erworben werden kann. Sämtliche Redner schloßen mit dem Appell, die Organisation und die Arbeitervertreterzahl im Stadtparlament zu stärken. Nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

„Die heutige Volksversammlung nimmt Kenntnis von den Maßregelungen städtischer Arbeiter sowie der hierauf bezüglichen Bekanntmachung des Breslauer Magistrats.

Sie erblickt hierin eine Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes der städtischen Arbeiter und bei der Stadtverwaltung einen starken Kontrast zwischen Theorie und Praxis in dieser Frage. Eine Erklärung hierfür finden die Versammlungsteilnehmer in dem ausgeprägten selbstherrlichen Charakter der Breslauer Stadtverwaltung.

Die Anwesenden sprechen daher den Genossenschaften und ihrer Organisation vollste Sympathie aus und verpflichten sich, nach Kräften für die weitere Aufklärung und Organisation der städtischen Arbeiter Sorge zu tragen und die Wahl von Arbeitervertretern ins Stadtparlament propagieren zu wollen.“

Diese Versammlung gestaltete sich somit zu einer eindrucksvollen Kundgebung, die vor allem bewies, daß die Schornmacherei der Wender und Genossen in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft einmütige Abweisung erfährt. Mögen unsere Breslauer Kollegen hieraus die richtigen Lehren ziehen.

Die Lage der städtischen Arbeiter in Chemnitz.

III.

Gehen wir uns nun die Arbeitszeit der anderen Betriebe an. Auf dem Wasserwerkamt sieht's überaus trübe aus. Im Maschinenbetrieb der Vorstadt Alchemnitz besteht zwar der achtkündige Schichtwechsel. Die Arbeiter kommen aber dabei so oft heran, daß 68 Stunden pro Woche daraus werden inkl. Frühstück- und Vesperpausen. Die Werkstattdarbeiter arbeiten noch 64 Stunden pro Woche. Versäumt meint der Bericht: „Verkürzung der Arbeitszeit auf 60 Stunden in der Woche ist in Aussicht genommen.“ Wir können dazu nur sagen: Zeit wird's endlich! Auch die Arbeiter im Freien müssen im Sommer 64 Stunden arbeiten, während für die Wintermonate 64 bis 60 Stunden pro Woche verbleiben.

Die Gartenverwaltung hat ebenfalls im Sommer täglich 11 Stunden = 66 Stunden wöchentliche Arbeitszeit; im Winter wird 9 Stunden täglich = 54 Stunden pro Woche gearbeitet. Die Verwaltung behauptet, die Überstundenarbeit sei nötig an Wochentagen im Frühjahr bei der Bepflanzung der Blumenbeete, Sprengen der Rasenflächen usw., an Sonntagen bei den notwendigen Arbeiten in der Gärtnerei, sowie nachts am Schloßteich bei zu erwartendem Hochwasser.

Beim Hochbauamt haben die Pflöhrreiner und Maurer eine „normale“ tägliche Arbeitszeit von 11 Stunden. Die Geizer und Scheuerfrauen haben überhaupt keine geregelte Arbeitszeit. Sie müssen aufeinander jeden Augenblick zur Verfügung stehen.

Im Elektrizitätswerk beträgt die Arbeitszeit für Maschinen, Geizer und Puffer je 8 Stunden. Die Tag- und Nachtschichten wechseln alle 6 Tage. Leider fehlt hier die Angabe der wöchentlich geleisteten Stunden ganz. Für Strecken-, Werkstätten- und Gaspersonal besteht eine 10stündige Arbeitszeit.

Die Kutscher im Markstall müssen von März bis Oktober von früh 4 Uhr bis abends 7 Uhr im Dienst sein. Doch dauert's mitunter auch länger. In den Wintermonaten beginnen sie ihren Dienst um 5 Uhr. An Sonn- und Feiertagen findet mit Ausnahmen im Leichenfuhrdienst und in Fällen besonderer Dringlichkeit kein Dienst statt, doch haben immer eine Anzahl Kutscher den regelmäßigen Stadtdienst zu versehen.

Auf dem Friedhof wird Januar und Februar 9 Stunden, März 10 Stunden, April bis Mitte September 11 Stunden, Mitte September bis Oktober 10 Stunden, Mitte Oktober bis 31. Dezember 9 Stunden gearbeitet. Die Grasmäher arbeiten im Mai und Juni von früh 5 Uhr bis abends 8 Uhr. Liegt Chemnitz viel leicht in Ostelbien?

Bei der Forstverwaltung schwankt die Arbeitszeit von 11 Stunden im Sommer bis 8 Stunden im Winter. Das ergibt in der Woche 66 bzw. 48 Stunden. Nur bei Schneeverwehungen wird Sonntags gearbeitet.

Die Arbeitszeit im Vermessungsamt beträgt für Druder effektiv 7½ Stunden, während die Gehgeschützen 10 Stunden arbeiten.

Die Markthallenverwaltung schießt für ihre drei Wächter den Vogel ab. Sie arbeiten abwechselungsweise 61½ bis 82 Stunden pro Woche!

Bei der Fleischzersehungsanstalt wird 11½ Stunden effektiv gearbeitet. Sonntags regelmäßig von 6 bis 12 mittags, nachmittags abwechselungsweise. Die Überstunden haben in letzter Zeit ganz bedeutend abgenommen.

Branddirektion. Geizer und Aufwartefrau 10 Stunden, Kesselfeuerwehrleute 8 Stunden. Hinzu kommt aber regelmäßig 1 1/2stündiger Sicherheitsdienst. Jeder schaffe bezw. neunnte Sonntag ist frei.

Der Kutscher vom Polizeiamt steht von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr zur Verfügung. Der Hausarbeiter hat keine geregelte Arbeitszeit. Jeden zweiten Sonntag ist er dienstfrei. Die Aufwartefrauen arbeiten 3-5 Stunden täglich.

In der Speiseanstalt endlich arbeiten Fuermann und Arbeiter im Sommer von 127 bis 6 Uhr abends, im Winter von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr; die Küchenfrauen im Sommer von 128 bis nachmittags 126 Uhr, im Winter von 128 bis abends 8 Uhr mit circa 1½ Stunden Unterbrechung.

Ein nach jeder Richtung hin zweifelsfreies Bild über die Lage einer Arbeitergruppe kann nur gegeben werden, wenn außer den Lohn- und Arbeitsbedingungen gewisse soziale Momente festgestellt sind, die einen nicht unwesentlichen Einfluß auf das Gesamtbild haben.

Es wird also z. B. zu wissen wichtig sein: Alter, Beschäftigungsdauer, Familienstand, Mitarbeit der Frau, Wohnungsverhältnisse, Krankheitsdauer, Lebensmittelpreise u. a. m.

Das Chemnitzer statistische Amt hat denn auch einen schätzbaren Anlauf genommen und wenigstens Alter und Beschäftigungsdauer nach Betriebsstellen angegeben. Alles übrige fehlt hingegen und so klappt hier eine große Lücke, die hoffentlich bei späteren Erhebungen ausgefüllt wird. Es ist auch kein erfreulicher Zustand, wenn solche Zusammenstellungen ausgerechnet fünf

vor Anträgen von Arbeiter- oder Ratseite veröffentlicht werden. Dadurch entsteht gar zu leicht der Verdacht irgendwelcher Tendenz, um diese oder jene Vorlage oder Ablehnung schmackhaft zu machen. Die städtischen statistischen Ämter sollen streng wissenschaftliche Institute sein und es sollte alles ferngehalten werden, was sie in den Verdacht irgendwelcher Tendenz bringen könnte.

Wenden wir uns nunmehr der Chemnitzer Uebersicht zu, welche das Alter der am 24. Januar 1907 beschäftigten Arbeiter enthält.

Geschäftsstelle	Alter der Arbeiter in Jahren												Summe der Arbeiter
	unter 20	20-25	25-30	30-35	35-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	65-70	70-80	
Tiefbauamt . . .	2	11	22	30	28	31	54	62	75	67	38	18	434
Gasanstalt . . .	1	26	70	72	62	30	28	15	8	3	2	2	314
Wasserwerkamt . .	1	11	16	10	6	2	4	2	7	1	1	1	63
Gartenverwaltung . .	2	3	8	4	4	4	7	8	9	5	4	1	68
Stadtkrankenhaus . .	1	1	2	4	6	12	5	5	8	1	1	1	48
Hochbauamt . . .	1	8	7	4	6	7	5	5	8	1	1	1	80
Elektrizitätswerk . .	2	6	7	7	1	1	1	1	1	1	1	1	34
Andere Geschäftsstellen . . .	2	4	8	8	8	8	4	3	3	2	—	—	53
Alle Geschäftsstellen zusammen . . .	10	66	135	144	118	92	99	102	106	80	48	21	1063
in Prozent . . .	0,96	6,28	12,70	14,08	11,53	8,96	9,36	9,57	10,36	7,52	4,58	2,83	100,00

Mit Ausnahme des Tiefbauamtes ist in allen Betrieben bis zum 35. Jahr die höchste Ziffer zu verzeichnen. Eine kleine Abweichung zeigt nur die Gartenverwaltung. Man kann also sagen, bei der Stadt sind fast ausschließlich vollkräftige Arbeiter beschäftigt. Aber selbst unter den Älteren und Gebrechlichen im Tiefbauamt wird so mancher sein, der seine besten Kräfte bei der Stadt gelassen hat. Die nachgewiesene elende Bezahlung der Tiefbauarbeiter ist also durch die höhere Altersstufe gewiß nicht begründet.

Wenden wir uns nun noch der Uebersicht XII zu, in der die Beschäftigungsdauer der am 24. Januar 1907 beschäftigten Arbeiter behandelt wird. Auch hier sei der Wichtigkeit halber die diesbezügliche Tabelle beigelegt.

Verwaltungsstellen	Von den am 24. Januar 1907 beschäftigten Arbeitern waren im städtischen Dienst seit								
	Januar 1907	1906	1905	1904	1903	1902	1901	1900	vor 1900
Tiefbauamt . . .	29	101	13	48	159	57	33	5	2
Gasanstalt . . .	18	79	2	36	96	57	14	7	7
Wasserwerkamt . .	—	14	—	7	17	8	7	5	5
Gartenverwalt. . .	1	11	3	13	18	8	2	1	2
Stadt-Krankenb. . .	5	16	3	16	11	1	—	—	—
Hochbauamt . . .	2	6	1	4	15	1	1	—	1
Elektrizitätswerk . .	3	18	—	4	3	1	—	—	—
Marshall	1	1	—	3	4	1	2	—	1
Friedhof	—	3	1	1	2	2	—	1	1
Forstverwaltung . .	—	3	—	—	2	—	—	2	1
Andere Geschäftsstellen	1	6	—	5	7	1	1	2	—
Zusammen	60	253	23	137	384	137	60	23	19

Da hätten wir also die vielgerühmte „dauernde“ Tätigkeit der städtischen Arbeiter. Nahezu ein Drittel (313) sind unter einem Jahre beschäftigt, weitere 160 länger als ein Jahr bezw. seit 1906, also knapp zwei Jahre; seit 1900 sind 334 tätig, der Rest (239) verteilt sich auf die Jahre 1895 bis 1885 bezw. vor dieser Zeit. Es gibt ganz sicher eine Anzahl größerer Privatunternehmungen, die in der Arbeitsdauer prozentual ähnliche Zusammenhänge zeigen. Wiederum müssen wir also die Frage aufwerfen, woher die Stadt das Recht ableiten will, der Privatindustrie mit so schlechtem Beispiel voranzugehen, wie das bezüglich der Löhne und der Arbeitszeit der Fall ist.

Auf eine eingehende Würdigung der sozialen Seite müssen wir leider verzichten, weil, wie nachgewiesen, die amtliche Statistik hier versagt und wir den vorgezeichneten Rahmen im großen und ganzen nicht überschreiten möchten. Eins sei in dieser Verbindung aber noch hervorzuheben: Die Kommune hat soziale Pflichten und Aufgaben, die zweifellos über das weit hinausgehen, was das private Kapital in seinem eigenen Interesse zu tun für nötig hält oder durch Gesetzgebung und Gewerkschaftsorganisationen zu tun gezwungen wird. Die Gemeinde kann und soll vorbildlich wirken. Sie soll mustergültige Verhältnisse schaffen für alle ihre Angestellten, ob höhere Beamte oder Tiefbauarbeiter. Wohl wissen wir, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die körperliche Arbeitskraft ganz unverhältnismäßig gering bewertet wird. Es liegt uns auch fern, der heutigen Gesellschaft eine völlige Gleichstellung zuzumuten, die in der bürgerlichen Wirtschaftsordnung nicht durchführbar erscheint. Aber einen Anstoß zu machen, um die traffen Unterschiede zwischen dem in die Tausende zählenden

Gehalt der höheren Kommunalbeamten und den wenigen Pfennigen der Arbeiter zu verringern, das ist Aufgabe einer gesunden und sozialen Kommunalpolitik, an deren Durchführbarkeit auch in der Gegenwart nicht zu zweifeln ist.

Als Fazit unserer Betrachtungen geben wir nachstehend unsere eingereichten Forderungen:

„Der hochwohlwollende Rat und das geehrte Stadtverordnetenkollegium mögen für alle städtischen Arbeiter eine Lohnerhöhung eintreten lassen, und zwar soll der Lohn betragen:

Für Installateure	40—45 Pf. pro Stunde
„ Schlosser	42—50 „ „ „
„ Schmiede	50 55 „ „ „
„ Maurer	55—60 „ „ „
„ Mohrleger	40—45 „ „ „
„ Hofarbeiter	40—45 „ „ „
„ Erdarbeiter	40 „ „ „
„ Kesselreiniger	60 „ „ „

Für Feuerhausarbeiter und Generatorenleute soll pro Schicht 5,20—5,40 Mk. gezahlt werden.

Für die Helfer beim Ausschladen in der Wassergasanlage soll eine Lohnerhöhung von 25 Proz. eintreten.

Für die im Alford arbeitenden Kohlenausläder soll für 200 Zentner 1,00 und für die Kohlenfahrer 1,30 und nach der Wiese 1,40 Mk. gezahlt werden.

Für die in der Ammoniakfabrik tätigen Arbeiter soll der Lohn 45 Pf. betragen und 12 Stunden bezahlt werden.

Den Laternenträgern und -Zündern soll eine Lohnerhöhung von 25 Proz. zuteil werden.

Für sämtliche im Elektrizitätswerk Beschäftigten soll eine Lohnerhöhung von 15 Proz. eintreten und Ueberstunden sollen mit 25 Proz. vergütet werden.

Für die bei der Straßenreinigung Beschäftigten soll ein Lohn von 30—35 Pf. pro Stunde gezahlt werden und für jede Ueberstunde 5 Pf. Zuschlag.

Außerdem sollen für die Laternenträger und Straßenreiniger wasserdichte Regenmäntel oder Pelserinen angeschafft werden.

Wir hätten zum Schluß noch einen dringenden Wunsch. Die Stadtverwaltung möge ihre Stellung zum Koalitionsrecht einer gründlichen Revision unterziehen. Ohne uns auf Einzelheiten oder Beispiele einzulassen, deren wir verschiedene anführen könnten, verlangen wir für die Zukunft die volle Anerkennung des Vereinigungsrechts der Arbeiter. Wird erst die Organisation als Vertreterin der Arbeiter anerkannt, so ist der Boden zu weiteren Reformen in vorgerücktem Sinne gebnet. Sträubt man sich aber noch länger dagegen, so kann alles scheinbare Wohlwollen nicht darüber hinwegtäuschen, daß man es nicht ernst mit der Sozialpolitik meint. Denn die Arbeiter wollen nicht Almosen, sondern Recht! Sie werden sich ohnehin ihre Position zu erkämpfen wissen.

Weise und fortgeschrittene Stadtverwaltungen bedienen sich schon heute auch in Arbeiterfragen des konstitutionellen Systems und verzichten auf den absoluten Herrschaftspunkt, der nur auf seine Macht pocht.

Wir hoffen, Chemnitz über kurz oder lang unter diese fortgeschrittenen Stadtverwaltungen einreihen zu können!

Haben wir ein Koalitionsrecht in Stendal?

Am 10. Februar dieses Jahres wurde plötzlich ohne Innhaltung der vorgeschriebenen vierzehntägigen Kündigung ein Arbeiter der Gasanstalt namens Raubereit entlassen. Bei seiner Entlassung wurde ihm der Lohn für die Kündigungszeit ausbezahlt. Als er nach dem Grund dieser plötzlichen Entlassung fragte, erhielt er nur ausweichende Antworten. Der Arbeiter war sich irgendwelcher Verfehlungen, die als Ursache dieser Maßregel dienen konnten, nicht bewußt. Auch bejaht das geforderte Führungszugnis, daß er sich während seiner Dienstzeit gut geführt habe. Ein Grund war also weder bei seiner Dienstentbindung, noch im Zeugnis angegeben. Der Entlassene wandte sich daher vertrauensvoll an den Herrn Oberbürgermeister Dr. Schübe und das Stadtverordnetenkollegium mit der Bitte, seine Entlassung einer geeigneten Nachprüfung unterziehen zu wollen. Gleichzeitig ersuchte er um seine Wiedereinstellung als Arbeiter der städtischen Betriebe. Er glaubte darauf ein Recht zu haben, da er bereits 8 Jahre bei der Stadt tätig war und er stets im Interesse der Stadt seine ihm übertragenen Dienstleistungen ausgeführt hat. Doch beim lieben Herrgott und dem Magistrat von Stendal ist kein Ding unmöglich. Statt daß man seine Entlassung nachprüfte und gleichfalls dem Beschwerdeführer die Gelegenheit gab, sich gegen eventuelle Verdächtigungen wehren zu können, antwortete das Oberhaupt der Stadt Stendal, die Sache sei geprüft (!), und der Magistrat habe keine Veranlassung, die

einmal getroffene Anordnung aufzuheben und die Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Es soll aber dem Beschwerdeführer überlassen sein, sich selbst an die Stadtverordnetenversammlung zu wenden.

Es wäre nun wohl Pflicht des Oberbürgermeisters gewesen, daß er das an die Stadtverordnetenversammlung gerichtete Schreiben auch dieser vorlegte. Die Stadtverordneten werden sich hoffentlich nicht dieser selbstherrlichen Tat des Herrn Dr. Schühe anschließen, sondern nach dem alten deutschen Grundsatz: „Eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beede“ verfahren und dem Entlassenen Gelegenheit geben, sich zu rechtfertigen. Es muß doch jedem einzelnen sofort merkwürdig erscheinen, warum ein Arbeiter, der 8 Jahre bei der Stadt war, einfach kurzerhand entlassen wird und ihm der Lohn für die 14 Tage, wo Kündigung bestand, ausbezahlt wurde. Daß dies im Interesse der Steuerzahlenden Bürger Stendals geschah, ist nicht recht einzusehen.

Aus den Verlegenheitsantworten, die der Arbeiter bei seiner Entlassung zu hören bekam, kann nur der Grund in seiner Zugehörigkeit zur Organisation der Gemeinde, und Staatsarbeiter zu suchen sein. Besser kommt dieses schon zum Ausdruck durch die Äußerung des Ratsrats Krüger, der ihm eröffnete, daß es die Absicht des R. sei, die Gasanstalt zugrunde zu richten und der Magistrat ja dann alles bezahlen müsse. Wenn Worte überhaupt noch einen Sinn haben, so kann doch nur so bedeutet werden, daß Rauberei durch seine Verbandzugehörigkeit das Schreiben hat, seine wirtschaftliche Lage besser zu gestalten. Dazu hat aber jeder deutsche Arbeiter ein Recht. Nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht, denn ein großer Teil der deutschen Stadtgemeinden sieht mit der Sozialpolitik immer noch auf Kriegsfuß. Und dazu gehört in erster Linie auch Stendal. Irgendwelche soziale Fürsorgeeinrichtungen bestehen hier nicht. Hier wäre es selbstverständlich Pflicht der Stadtverwaltung, helfend einzugreifen. Sind nun die Arbeiter in Erkenntnis dieser Dinge zu der Überzeugung gelangt, daß, nachdem die Gemeinde sich dieser Pflicht entzogen, es ihre Aufgabe ist, Verbesserungen zu schaffen, so wirkt man sie einfach auf das Straßengpflaster. Nach dem § 152 der Gewerbeordnung hat jeder Arbeiter das Recht, sich zum Zwecke der Erreichung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen mit seinen Arbeitsgenossen zu vereinigen. Diese geselligen Bestimmungen müßte Herr Dr. Schühe als Oberhaupt der Stadt und als oberste Polizeibehörde auch kennen. Es wird nun an den gesamten städtischen Arbeitern liegen, ob sie gewillt sind, diese Rechtslosigkeit so stillschweigend hinzunehmen und sich zu willkürlichen Gefolts degradieren zu lassen. Darum, Arbeiter der städtischen Betriebe Stendals, zeigt, daß Ihr Männer seid, die auch gewillt sind, für das ihnen gesetzlich garantierte Recht einzutreten und allen Bevormundungsversuchen energisch entgegenzutreten. Räumt mit dem Zuträger- und Denunziantensystem auf. Gebt dem Oberbürgermeister die nötige Antwort auf die Mahnung Eures Arbeitskollegen und schließt Euch alle dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter an. Denn nur durch die Organisation wird es Euch möglich sein, innerhalb der städtischen Betriebe Zustände zu schaffen, die den kulturellen Bedürfnissen der Kollegen und deren Familien Rechnung tragen.

Wir erwarten in der Mahnungssache, daß das Stadtverordnetenkollegium beschließt, dem Entlassenen volle Genugtuung zu geben.

B. St.

Unsere Lohnbewegung in Stettin.

Längere Zeit schon stehen unsere Stettiner Kollegen in einer Lohnbewegung. Ihre Forderungen haben den Magistrat und das Stadtverordnetenskollegium bereits zweimal beschäftigt. In den Sitzungen vom 23. Januar und 5. März d. J. hat das Stadtverordnetenskollegium beschlossen, über die in der Petition erhobenen Forderungen zur Tagesordnung überzugehen.

Der Referent der Deputation sowohl wie die entragierten Vertreter des Unternehmertums machten sich die Sache leicht. Man erklärte eben, daß die Lage der städtischen Arbeiter in Stettin gut sei und infolgedessen eine Veranlassung zur Verbesserung der Verhältnisse nicht vorliege. Und das geschah in derselben Sitzung, in welcher der Stadtverordnete Dr. Freund der Stadtverwaltung — jedenfalls ungewollt — attestiert, daß der Aufenthalt für die Arbeiter der Gasanstalt besser und angenehmer eingerichtet sei wie manche Arbeiterwohnungen; sie hätten daher keine Ursache, sich nach Verkürzung der Arbeitszeit zu sehnen, fernermaßen sie doch dort in dem schönen Raume ihre Pausen verbringen könnten. Dieser Ausspruch beweist sicherlich

nicht, was damit bezweckt war, sondern nur, daß die Entlohnung der Arbeiter zu gering ist zur Schaffung heimischer und anziehend ausgestatteter Wohnungen. Trotz alledem kann es dem Proletariat nicht gleichgültig sein, ob es zwölf oder acht Stunden im Betrieb ist; hier beliebt man es allerdings so hinzustellen.

Die Verhältnisse in anderen Städten hat man fast gar nicht zum Vergleich herangezogen. Daß der für die Gasarbeiter beantragte Achtundentag schon in 42 deutschen Städten eingeführt ist und bei vielen deutschen Stadtverwaltungen und in der Privatindustrie bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, ist übergangen worden. Stettin rangiert bekanntlich hinsichtlich der Bevölkerungszahl an 10. Stelle, in bezug auf Lohnhöhe bei den Gasarbeitern steht Stettin aber unter 64 Städten erst an 41. bzw. 49. Stelle. Der Lohn beträgt für Betriebsarbeiter 3,50 bis 4,20 Mk. und für Gasarbeiter 2,90 bis 3,50 Mk. Bei den Stragenreinigungslöhnen steht Stettin unter 67 Städten an 16., bei den Friedhofarbeitern unter 32 an 26. und bei den Kanalarbeitern unter 23 an 20. Stelle. Der niedrigste Lohn beträgt 2,70 Mk. Und da glaubt man dann noch sagen zu können, daß die Lohnverhältnisse gut seien. Auf eine solche Stellung in der Lohnfrage kann man sicher nicht stolz sein. Mit seiner Arbeiterfürsorge kann Stettin aber auch nicht prunken, denn eine Verzinsung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Krankengeld in Krankheitsfällen erfolgt gar nicht, Ausbehalten und Hinterbliebenenfürsorge ist erst mit Anfang dieses Jahres zur Geltung gelangt, und Sommerurlaub bei voller Lohnzahlung wird nach 5, 10 und 15 Dienstjahren drei, fünf und sieben Tage gewährt. Also auch hier nichts Vorbildliches, vielmehr nur unvollkommene Nachbildungen.

Unter verärgerten Umständen und nach den Auslassungen und Vorgehen der Herren Stadtväter in den Kollegiumssitzungen kann es dann nicht wundernehmen, wenn sich der städtischen Arbeiterschaft eine immer größer werdende Erregung bemächtigt. Soll doch Herr Ranassie unter anderem erklärt haben, daß die Arbeiter leicht mit 15 Mk. auskommen und davon eventuell noch 5 Mk. sparen könnten, wenn sie sich nur einzurichten wüßten. Wie man dann die jetzige Unzufriedenheit unter den städtischen Arbeitern als von außen hineingetragen bezeichnen kann, begreife wer kann. Daß die Zustände an sich die Ursache der Mißstimmung der städtischen Arbeiter sind, wird vielfach anerkannt, nur ein Teil der Herren von der Stadtverwaltung wollen dies nicht zugeben. In der am 29. März d. J. abgehaltenen von 450 Personen besuchten Versammlung kam dies gleichfalls recht deutlich zum Ausdruck. Wenn dieses Streben der städtischen Arbeiter nach Hebung ihrer Lage nun von ihrer zuständigen Organisationsleitung unterstützt wurde, so ist dies für Kenner der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse nur zu selbstverständlich.

Die hier wiedergegebenen Einschaunungen bildeten gewissermaßen den Grundton in den Ausführungen des Referenten Albin Kobs. Berlin wie der Diskussionsredner in besagter Versammlung. Alle Teilnehmer derselben waren sich einig darin, daß man die eingangs erwähnte Ablehnung der Forderungen nicht ruhig hinnehmen könne, sondern von neuem die Forderungen einzureichen seien, allerdings mit noch ausführlicherer Begründung. Nachstehende Resolution fand daher einstimmige Annahme:

„Die Versammlung bedauert die nochmalige Ablehnung ihrer Forderungen und beauftragt das Bureau der heutigen Versammlung mit der nochmaligen Einreichung der Eingabe an beide Kollegien, jedoch mit noch weitergehender Begründung. Die Versammelten erwarten vom Magistrat und den Stadtverordneten baldmöglichste Behandlung dieser neuen Petition und entsprechendes Entgegenkommen, wenn nicht anders die Erregung unter den städtischen Arbeitern immer größer werden und diese zuletzt zur Anwendung anderer wirtschaftlicher Kampfsmittel führen soll.“

Die Anwesenden aber verpflichten sich, für beste Ausbreitung ihrer gewerkschaftlichen und politischen Organisation sowie für nachdrücklichste Vertretung ihrer Interessen im Stadtparlament sorgen zu wollen, indem sie bei künftigen Wahlen noch mehr wie bisher für die Arbeiterkandidaten eintreten.“

Hoffen wir, daß die Macht der Tatsachen die Stettiner Stadtväter von der Unhaltbarkeit der Erhaltung der jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter überzeugt und zu den erforderlichen Konsequenzen führt. Die Kollegen jedoch seien nochmals an die Macht der Organisation erinnert. Zeigt sich doch in diesem Falle klar und deutlich, wie notwendig der Nachdruck durch die Gewerkschaft ist. Darum strebe jeder für die Stärkung unserer Reihen, für den Ausbau des Verbandes.

A. M.

Mitglieder-Bewegung im Jahre 1907.

	Buchmäßige Mitglieder				Zahlende Mitglieder zu 13 Wochenbeiträgen gerechnet				Die zahlenden Mitglieder ergeben an % der buchmäßigen Mitglieder?
	Zu Beginn des Quartals	Zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme	Zu Beginn des Quartals	Zu Ende des Quartals	Zunahme	Abnahme	
1. Quartal	23238	23499	261	—	18579	18979	400	—	80,77
2. Quartal	23499	24832	1333	—	18979	20044	1065	—	80,73
3. Quartal	24832	25450	618	—	20044	21819	1775	—	85,73
4. Quartal	25450	26207	757	—	21819	22641	822	—	86,39
Gesamt Zunahme 2969 Mitglieder = 12,78 %					Gesamt Zunahme 4062 Mitglieder = 21,86 %				

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter in Marburg.

Schon oft hat unsere Organisation, wenn sie in neue Gebiete eingedrungen ist, Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, daß dort, wo den städtischen Arbeitern noch jeder Organisationsgedanke fehlt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzutreffen sind, unter denen die betreffenden Arbeiter ein trostloses Dasein führen. Auch das idyllisch gelegene Städtchen Marburg gehört zu denen, in welchen wir in letzter Zeit versucht, die städtischen Arbeiter der Organisation zuzuführen. Die Wellen der Arbeiterbewegung haben bisher selten die dortigen Arbeiter erfasst, und es ist daher auch ein äußerst steiniger Boden zu bearbeiten. Ist schon die Lage der dortigen Arbeiter im allgemeinen keine rosig, um so mehr liegt die der städtischen Arbeiter niedriger.

Die Mehrzahl der Arbeiter wohnt auf dem Lande, wo sie neben ihrer zehnjährigen Arbeitszeit und abgesehen von dem weiten Weg zur Arbeitsstelle ihr kleines Pflanzgut an Land bearbeiten und so die meiste Zeit ihres Lebens an die Arbeit gebunden sind. Sie gewinnen gar nicht Zeit, über ihre Lage einmal nachzudenken! In Betracht für uns kommt das Gaswerk mit 30 bis 40 Beschäftigten, das Elektrizitätswerk mit 5, das Wasserwerk, Kanalreinigung, Straßenbau und Straßenreinigung mit vielleicht 20 Arbeitern. Die Löhne sind die denkbar niedrigsten.

Zunächst die Gasanstalt. Die Vorarbeiter im Betrieb erhalten pro Tag 3,50 Mk., Feuerhausarbeiter 3,50 Mk., Hilfsarbeiter im Feuerhaus 3,20 Mk. Vom 1. November bis 1. März erhalten jedoch die Hilfsarbeiter nur 3 Mk. Etwas besser werden die Handwerker bezahlt. Sie erhalten 4 Mk. und mehr pro Tag. Als Arbeitszeit besteht für die Betriebsarbeiter noch die zwölfstündige Schicht mit dem Dreischichtensystem, womit auch gewechselt wird und alle drei Wochen eine Schicht auf dem Hof arbeiten muß. Daß unter dem fortwährenden Wechsel zwischen der warmen Arbeit im Betrieb und der harten Arbeit der Gefährlichkeit der Arbeiter schwer leidet, ist ganz erklärlich. Hier heißt es eben für die Arbeiter, sich den Achtstundentag erringen, wie es schon in vielen anderen Städten durch die Organisation geschehen ist.

Die Verhältnisse der Arbeiter im Elektrizitätswerk sind uns noch nicht bekannt, weil es uns noch nicht gelungen ist, irgendwelche Verbindung mit denselben zu erhalten. Daß aber auch diese nicht mustergültig sind, dafür dürfte die Lage der übrigen Arbeiter als Beweis dienen.

Die anderen Gruppen zusammengefaßt, so dürfte sich wohl schwerlich einer unter denselben befinden, der bei zehnjähriger Arbeitszeit einen Verdienst von über 3 Mk. pro Tag hat. Dabei sind aber die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten infolge der vielen Löhne der besseren Gesellschaft, welche dort dem Studium obliegen, ebenso hohe als in mancher Großstadt.

Von irgendwelchen sozialpolitischen Strömungen ist aber Marburg bisher ganz und gar verschont geblieben. Sogar die tönenden Versicherungen des Reichslandtagspräsidenten, daß die Sozialpolitik weitergeführt werden soll, scheinen hier keinen Anklang gefunden zu haben, denn hier sucht man immer noch vergeblich nach jedem Anfang von sozialpolitischen Einrichtungen. Die städtischen Arbeiter haben ebenfalls noch kein Wort von solchen Sachen gehört, und es ist ihnen unglaublich, daß ihre Kollegen in anderen Städten Sommerurlaub, Differenzbezahlung zwischen Lohn und Krankengeld, Alters- und Hinterbliebenenversorgung, Arbeitsordnungen,

Arbeiterausschüsse, steigende Lohnsituation nach dem Dienstalter und sonstige Sachen mehr haben.

Ja, Kollegen von Marburg, den Kollegen in den anderen Städten sind diese Sachen auch nicht in den Schoß gefallen, sondern sie haben sich dieselben eben erkämpfen müssen. Durch einmütiges und solidarisches Zusammenhalten und jahrelange Ausdauer in der Organisation ist es gelungen, das zu erreichen.

Der Verwaltung aber scheint es nicht so recht in den Kram zu passen, daß sich die Arbeiterschaft nun auch beginnt, aufzuraffen und Anstalten macht, sich zu organisieren, denn es ist den Arbeitern schon zu verstehen gegeben worden, daß sie ja gehen könnten, wenn es ihnen nicht paßt. Der Inspektor der Gasanstalt soll sogar gesagt haben: „Wer streiken will, der fliegt hinaus“. Daß diese Leute immer gleich ein so schlechtes Gewissen haben, beweist, daß manches faul ist im Staats Tanemarl. Wenn den Arbeitern einigermaßen entgegengekommen wird, so daß sie auch als Menschen leben können, haben sie auch keine Veranlassung zum Streiken. Uebrigens sind wir solche Straßendrucke gewöhnt, denn solche und andere sind schon oft von städtischen Beamten gefallen. Jedoch haben auch diese Herren in den meisten Fällen ihren Standpunkt revidieren müssen und einsehen gelernt, daß sich eine Kulturbewegung, wie sie die Gewerkschaftsbewegung ist, nicht aufhalten läßt und die realen Verhältnisse stärker sind als ihr persönlicher Wille.

Es liegt nun bloß an den städtischen Arbeitern Marburgs, sich durch solche Einschüchterungsversuche nicht irre machen zu lassen, sondern erst recht sich der Organisation anzuschließen. Wer seine Seite steht, ist mit schuld an den niedrigen Löhnen und sonstigen schlechten Verhältnissen. Nicht ängstliches Zurückhalten, sondern freies und unerschrockenes Auftreten kann nur zur Verbesserung unserer mangelhaften Lage führen. Wie sagen doch die Dichtervorte: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!“. Deshalb Kollegen, rufen wir auch Euch zu, erkaufte Euch Einfluß auf die Gestaltung Eurer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, indem Ihr Euch Mann für Mann mit den übrigen städtischen Arbeitern vereinigt in der Organisation des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Besucht die in nächster Zukunft stattfindende Versammlung, damit das Vertrauen zueinander gewandt und gestärkt wird und so gemeinsam an der Verbesserung unserer Lage begonnen werden kann.

N. R.

Städtische Beamte und Armenunterstützung.

Unter diesem sensationellen Titel bringt die „Freudener Rundschau“, eine bürgerliche Wochenzeitschrift, einen längeren Artikel, welcher eine äußerst scharfe, aber leider nur zu berechtigte Kritik übt an der Lage der städtischen Straßenbahner. Alles, was hier gesagt wird, trifft den Nagel auf den Kopf, läßt sich auch zu einem guten Teil von den übrigen städtischen Arbeitern sagen und lediglich aus diesem letzteren Grunde fühlen wir uns veranlaßt, der Sache näher zu treten. Die „Rundschau“ schreibt, den städtischen Straßenbahnern ist die Beamtenvergangenheit verliehen worden, und schon lange vor dieser Verleihung präs man die Wohlthaten, welche für die Beteiligten damit verbunden wären. Bei der Eidesleistung wurden den Leuten in jeder Hinsicht Verbesserungen versprochen, aber bald erfuhren sie, daß zwischen Versprochen und Halten eine große Kluft liegt. — Das wissen auch die übrigen städtischen Arbeiter. Eine sich mit den Lebensverhältnissen, den Anforderungen des Dienstes und dem Geldbeutel der Angestellten bekannt zu

machen, hagelt es nur so von Verordnungen vom grünen Tisch her, deren Undurchführbarkeit bald zutage tritt.

Es hört sich recht prächtig an, wenn damit geprahlt wird, 75 000 Mark habe die Stadt an Zulagen bewilligt. Zu bestreiten ist dies ja nicht, aber was auf den einzelnen kommt, und ob überhaupt jeder etwas davon merkt, das ist eine andere Frage.

Ein weiterer „Vorteil“ der Beamteneigenschaft liegt darin, daß die Straßenbahner als Pflichtmitglieder bei der Krankenkasse ausgeschlossen sind. Als freiwillige Mitglieder aber müssen sie die Massenbeiträge in voller Höhe aus ihrembeutel bestreiten, sie haben also eine Mehrleistung zu tragen. Die Krankenleistungen dagegen sind ganz erheblich herabgesetzt worden.

Daß nebenbei fortwährend kleine Lohnreduzierungen erfolgen, darf nicht befremden. Ueberstunden wurden früher mit 30 Proz. vergütet, jetzt gibt es nur noch 20 und 25 Proz. dafür. Das Grundgehalt beträgt zurzeit 85 Mk. monatlich, steigt von drei zu drei Jahren um ganze 5 Mk. Die Streckenwärter erhalten gar nur 80 Mk. und dürfen 5 Jahre lang mit 85 Mk. zufrieden sein. Dafür aber haben sie ein Verleidungsgehalt von drei Mark, Schaffner und Führer hingegen nur 2 bzw. 2,20 Mk. monatlich zu zahlen. Gleiches Maß für alle!

Für Anfänger bleiben da kaum 70 Mk. übrig. Die „Mundschau“ schreibt wörtlich: „Ist es da ein Wunder, daß ein Schaffner (also ein städtischer Beamter) das Armenamt und die Kirche anrufen mußte, um nicht zu verhungern? Auch haben wir Streckenwärter (städtische Beamte), welche Gesuche an Herrschaften gemacht haben, um Ueberlassung von Kleidungsstücken und Speiseresten für ihre Familien. Andere wieder schickten ihre Kinder in die Kasernen, um Mommibrotabfälle bei den Soldaten zu erbetteln. Was hat dieser elementare Not gegenüber eine papierne Verfügung (Nr. 20) der Direktion für Wert, die es eines Angehörigen für unwürdig bezeichnet, solche Hilfen in Anspruch zu nehmen! Was fragt der Hunger nach Würde und Unwürde; von dem Titel als städtischer Beamter wird man nicht faul!“

Aber nicht genug damit. Es ist keine Uebertreibung, sondern eine jederzeit beweisbare Tatsache, daß ein Streckenwärter wiederholt bei einem Hofschlächter Mägen schlachten ließ, um wenigstens seiner Familie einmal Fleisch bieten zu können. In den Ketten an den Bahnhofen sind Straßenbahnerfrauen oft zu sehen, wie sie für 5 Pf. Abfall holen, den andere Leute als Hundefutter kaufen!

Es gäbe noch andere traffe Beispiele, wie diese städtischen Beamten im Elend steken, aber es sei für heute genug! Auf Grund obgedruckter vorliegender Berichte läßt sich recht schön urteilen, aber einen Wert hat solches Urteil nicht! Man gehe nur in die Wohnungen der auf niedrigerer Gehaltsstufe Stehenden und es wird einem solches Elend entgegenstrecken, daß man mit wohlfeilen Worten nicht darüber hinwegkommt. Kein Wunder, wenn wiederholt starke Männer geäußert haben, daß es klüger sei, sich und seiner Familie einen Strick zu kaufen, als langsam zu verhungern. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende.“

So steht also wörtlich in der „Tressener Rundschau“! Das ist eine Anklage, wie sie schlimmer der Tressener Stadtverwaltung nicht entgegengescheitert werden kann. Und noch dazu in einem bürgerlichen Blatte. Männer der Verhältnisse allerdings saßen schon immer, daß es einmal zu einer solchen Anklage kommen müsse. Und unsere Kenntnis der Verhältnisse bei den übrigen städtischen Arbeitern läßt uns die vorgebrachten Tatsachen schon glaublich erscheinen.

Sind doch auch zu uns schon wiederholt städtische Arbeiter gekommen, welche uns ihre Not klagten. Heute noch sind eine größere Anzahl Arbeiter, die schon lange Jahre in städtischen Betrieben arbeiteten, 13 Wochen und länger arbeitslos. Tiefen geht es genau so traurig, als die „Mundschau“ von den Straßenbahnern schreibt. Die Arbeitslosigkeit städtischer Arbeiter war diesen Winter besonders groß. In der Statistik der Wärmehäute des Gewerkschaftsartikels sind nicht weniger als 665 Gemeindegewerkschaftler als Besucher verzeichnet!

Und genau so, wie bei den Straßenbahnern Lohnreduzierungen vorgenommen werden, sind auch die übrigen Betriebe bestrebt, ein gleiches zu tun. Die Anfangslöhne sind um 2 Pf. pro Stunde herabgesetzt. Jetzt in der Zeit der Teuerung! Ganz mit Recht heißt es dann auch in der Resolution der letzten öffentlichen Ratssitzung der Arbeitervereinsammlung, daß diese Lohnreduzierung geradezu einer Verhöhnung der so schon mitleidigen Lage der Arbeiter gleichkomme.

Aber das ist Tressener Sozialpolitik!

Rechenschaftsbericht der Generalkommission für 1907.

II.

Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats.

An das Zentral-Arbeitersekretariat wurden im Jahre 1907 von den Arbeitersekretariaten, Gewerkschaftsartikeln, Gewerkschaften und anderen Personen 1352 Streitsachen betr. Unfall- und Invalidenrentenansprüche übermittelt. Gegen das Vorjahr ein Mehr von 155. Die Zahl der Posteingänge belief sich auf 4967, die Ausgänge auf 5785.

In zahlreichen Fällen wurde schriftliche Information auf besondere Anfragen erteilt, die Zahl dieser zum Teil umfangreichen Auskünfte betrug 698.

Es waren im ganzen zu bearbeiten 1620 Streitsachen.

Am Schlusse des Jahres waren davon durch Urteil entschieden 1222, unerledigt blieben 34 Streitsachen aus dem Jahre 1906 und 364 aus dem Jahre 1907.

In 141 Fällen, bei denen die Verletzten obliegen, wurden 1811,15 Mk. Kosten für persönliches Erscheinen der Arbeiter im Termin oder Verbringung ärztlicher Gutachten gewährt. Von den 1222 Streitsachen wurden 946 im ersten Termin entschieden, durch Beweisaufnahmen gelangten 264 Streitsachen im zweiten Termin und 12 im dritten Termin zur Erledigung; in 43 Fällen wurde das Sekretariat von den Verletzten über das Stattfinden des Termins nicht in Kenntnis gesetzt.

Im Laufe des Verfahrens wurden von den Verletzten 23 Rekurse als aussichtslos zurückgenommen, desgleichen verzichteten die Berufsgenossenschaften in 4 Fällen auf den Rekurs und erkannten die Ansprüche der Verletzten an. In 262 Fällen erschien im Laufe des Verfahrens der Anspruch aussichtslos für eine mündliche Vertretung, der Rekurs wurde in allen diesen Fällen zurückgewiesen.

Unfallrente. Von den 1222 Strassachen, die im Jahre 1907 erledigt wurden, betrafen 1147 Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgeetze, 2 Fälle wurden davon vor dem Schiedsgericht erledigt, in einem Falle wurde die Gewährung eines Krankentransportes beantragt, im anderen die Kosten für ein Heilverfahren der Berufsgenossenschaft aufzuerlegen. Der erste Fall wurde zugunsten des Verletzten entschieden, letzter zugunsten der Berufsgenossenschaft.

In 16 Fällen war der Rekurs sowohl von der Berufsgenossenschaft wie vom Verletzten eingelegt, so daß die Zahl der Rekurse 1161 betrug.

Invalidenrentenstreitsachen. Von den im Jahre 1907 erledigten 74 Ansprüchen auf Invalidenrente mußten 18 wegen vollständiger Aussichtslosigkeit zurückgewiesen und 3 mit Einverständnis der Verletzten zurückgenommen werden. Von den 55 vertretenen Revisionen wurden 24 Revisionen der Verletzten und 6 Revisionen der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Stattgegeben wurde der Revision der Verletzten in 14 Fällen, der Landesversicherungsanstalten in 11 Fällen. Außerdem wurde eine Streitsache, die sich gegen den Saarbrücker Annapfadschaftsverein richtete, vor dem Oberverwaltungsgericht vertreten, die jedoch zumunsten des Verletzten entschieden wurde.

Da in Invalidensachen das Reichsversicherungsamt Revisionsinstanz ist, so wird selten der Rentenanspruch anerkannt, vielmehr in der Regel die Sache zur erneuten Verhandlung an das Schiedsgericht verwiesen. Der Verletzte ist dann aber in der Lage, aus neue Beweismaterial für seinen Anspruch herbeizuschaffen.

Der aus unserer Tätigkeit sich bildende Verkehr mit den Behörden hat sich ohne Störungen in befriedigender Weise vollzogen. Dagegen werden von einigen Sekretariaten in der Provinz lebhaft Klagen geführt, daß ihnen besonders bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und den Gewerbegerichten Schwierigkeiten bereitet werden.

Wirklich wird mit Recht Klage über einseitige ärztliche Gutachtung geführt.

Der Reichstag hat in der Novelle zum Unfallversicherungsgezet in § 65 eine Bestimmung hineingebracht, die eine Gewähr bieten sollte, daß der Verletzte nicht nur von Ärzten untersucht wird, die zu der interessierten Berufsgenossenschaft im Vertragsverhältnis stehen. Es sollte jeder Eindruck vermieden werden, daß der Arzt direkt oder indirekt beeinflusst ist.

Diese Bestimmung muß sinngemäß auch für das Schiedsgerichtsverfahren Anwendung finden. Allerdings hat auch das Reichsversicherungsamt dieser Bestimmung eine Auslegung gegeben, die den Berufsgenossenschaften die Umgehung der Bestimmung sehr erleichtert. So ist entschieden, daß nur der Arzt im Vertragsverhältnis steht, der seit gegen ein bestimmtes Gehalt engagiert ist; nicht aber die Ärzte, die mit der Genossenschaft vereinbart haben, daß für jedes Gutachten ein bestimmtes Honorar bezahlt werden muß. Weiter ist das Reichsversicherungsamt dazu gekommen, der behandelnde oder ein anderer nicht im Vertragsverhältnis zur Berufsgenossenschaft stehender Arzt ist auch dann gehört, wenn er dem Verletzten in einigen Fällen bestätigt, daß er in höherem Maße erwerbsbeeinträchtigt ist als die anderen Gutachter annehmen, und er bereit sei, seinen Standpunkt auf Erfordern näher zu begründen.

Wir müssen um so mehr auf die Ionale Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften dringen, weil es leider sehr viel Ärzte gibt, die in fortgesetztem Umgang mit Unfallverletzten zu einer Einseitigkeit der Auffassung neigen und in ihrem Misstrauen gegen die Verletzten sehr oft eine ungeduldige Würdigung der Beschwerden zum Ausdruck bringen. Der Verletzte kann sich in der Regel an einen anderen Arzt, zu dem er Vertrauen hat, nicht wenden, weil die Herren Ärzte in der Regel die Abgabe von Gutachten an Privatpersonen verweigern.

Bericht des Arbeiterinnen-Sekretariats.

In der gegenwärtigen (zweiten), nur elf Monate umfassenden Berichtsperiode haben die Arbeiten des Sekretariats einen erheblich größeren Umfang angenommen, als der des ersten Tätigkeitsabschnittes gewesen war. Die stärkere Beanspruchung des Sekretariats erklärt sich zunächst wohl daraus, daß seine Zweckmäßigkeit und der günstige Erfolg seines Wirkens in stets wachsendem Maße den Organisationen zum Bewußtsein kommen. War schon die Zunahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen um 53 Proz. im Jahre 1906 eine sehr erfreuliche Erscheinung gewesen, so können die Gewerkschaften mit berechtigtem Stolz auf die auf dem Gebiete der Arbeiterinnenorganisation im Jahre 1906 geleistete Arbeit zurückblicken. In 31 Verbänden wurde in diesem Jahre die Zahl der weiblichen Mitglieder von 71411 auf 118908, was einer Zunahme von fast 60 auf jedes Hundert von Mitgliedern gleichkommt (genau 59,8 Proz.).

Das Arbeiterinnen-Sekretariat wurde in recht erfreulicher Weise von den Organisationen in Anspruch genommen. 28 Verbände, 4 Stützstellen und 4 Gewerkschaftskommissionen wie auch 3 Arbeiter-Sekretariate traten an das Arbeiterinnen-Sekretariat heran oder wurden von diesem zu Aktionen angeregt.

In 127 Fällen erstattete persönliche Forderungnahme, wobei es sich um Fragen der Agitation unter männlichen wie unter weiblichen Arbeitern handelte, ferner um Agitations- und Aufklärungsarbeit für die Gewerkschaftsarbeit, um Flugblätter, um Beschaffung von Rednerinnen für Versammlungen, Rechtsauskünfte in Fällen, wo die Betreffenden solche von einer Frau lieber erbitten mochten als von den männlichen Auskunftspersonen und schließlich um Übersetzung ausländischer Korrespondenzen, Ausweispapiere usw.

Die Zahl der postalischen Eingänge ohne die Drucksachen, also nur an Zuschriften, die bestimmte Anfragen oder Anliegen enthielten, belief sich auf 263 in den elf Monaten (gegenüber 221 in der anderthalbmal so langen ersten Berichtsperiode); dagegen hat die Zahl der vom Sekretariat geschriebenen Briefe und Karten sich infolge der vielen persönlichen Besuche erheblich verringert, es wurden nur 325 geschrieben, während in der vorigen Berichtszeit 640 Schreiben erforderlich gewesen waren.

An Versammlungen wurden weit über 300 vom Sekretariat teils angeregt, teils veranstaltet oder mit Referentinnen versorgt. Für zwei Agitationstouren wurden auf Antrag des Sekretariats die Kosten von der Generalkommission bestritten, die eine fand im Nordwesten Deutschlands, die andere im Bezirk Posen statt.

Daß die Bedeutung des Arbeiterinnen-Sekretariats für die Arbeiterklasse immer mehr und mehr erkannt wird, dürfte auch dadurch eine Bestätigung finden, daß man sich aus bürgerlichen Kreisen, sowohl von Seiten der Sozialwissenschaftler als auch der verschiedenen Wohlfahrtsvereinigungen, an uns wendet, wenn man Auskünfte über die wirkliche Lage der Arbeiterinnen oder Hinweise zur Beachtlichen Förderung von deren Interessen benötigt.

Auch mit ausländischen Gewerkschaftskommissionen trat das Sekretariat einigemal in Verbindung, namentlich seit dem Stuttgarter Kongress, wo es vertreten war und somit Gelegenheit hatte, persönliche Fühlung mit den Vertretern der Arbeiter und Arbeiterinnen der anderen Länder zu finden.

Von sehr gutem Erfolge ist die Tätigkeit des Arbeiterinnen-Sekretariats in den von ihm unter gelegentlicher Mitwirkung des Arbeiterinnen-Komitees geleiteten Hebungsaufgaben gewesen, indem von den hier vorgebildeten Genossinnen vier für geeignet befunden wurden, an den gewerkschaftlichen Unterrichtstufen der Generalkommission teilzunehmen. Zwei dieser Genossinnen sind mit je über 100 Versammlungen an der oben angegebenen Agitationsarbeit beteiligt und auch als rege Mitarbeiterinnen der Gewerkschaftsarbeit tätig, eine ist bereits von ihrem Verband als Beamtin angestellt worden. Gerade auf diesem Gebiete dürfte das Sekretariat der Arbeiterbewegung in Zukunft noch treffliche Dienste leisten.

Eine Anregung des Sekretariats bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Vortragszyklen für die weiblichen Mitglieder der angeschlossenen Organisationen stattfinden zu lassen, fand dankenswerter Entgegenkommen und scheint auch einem Bedürfnisse zu entsprechen, da der erste dieser Vorträge von über 400, der zweite von 600 Arbeiterinnen besucht war.

Mit wachsender Erfahrung, mit zunehmendem Ausbau seiner Mittel und Arbeitsmethoden, wird das Sekretariat hoffentlich immer mehr in der Lage sein, die Arbeiterbewegung zu fördern, neue Kämpfer und Kämpferinnen heranzuziehen und die allen im Befreiungskampfe der Arbeit zu stützen und zu stärken.

Aus der Praxis für Arbeiterversicherung.

Von weittragender Bedeutung für Krankenkassen ist eine Entscheidung, welche das Sächsische Obergerichtsverwaltungsgericht in Dresden gefällt hat. Sie betrifft die Verwendung von Kassengeldern zur Beschickung von Krankenkassenkongressen. Die Frage war seither für die Kassen eine sehr peinliche, und mancher Streit mit der Aufsichtsbehörde ist aus ihr entstanden. Das Sächsische Obergerichtsverwaltungsgericht hat endlich die Verwendung von Kassengeldern zu dem gedachten Zwecke für zulässig erklärt. Die Erstkrankenkasse für den Stadtteil Wahlen in Grimmitzsch hatte sowohl die Versammlung der freien Vereinigung sächsischer Erstkrankenkassen im Juni 1906 in Pirna als auch die Jahresversammlung des Zentralverbandes von Erstkrankenkassen im Deutschen Reiche im August 1906 in Düsseldorf besucht. Hierzu hatte die Kasse Aufwendungen von insgesamt 46,76 M. gemacht. Als der Stadtrat in Grimmitzsch hiervon Kenntnis erhielt, verfügte er, daß die Gelder wieder eingezogen und der Kasse ersetzt werden. Hiergegen führte die Kasse Beschwerde bei der Kreishauptmannschaft zu, die aber dem Stadtrat beipflichtete. In der Antwort derselben heißt es unter anderem, daß die Kassen ja aus den Zeitungen über die Kongressverbindungen unterrichtet könnten. Die Kasse reichte Anfechtungsklage beim Obergerichtsverwaltungsgericht ein und sie hatte Erfolg damit. Es sei richtig — so heißt es in der Entscheidung —, daß nach § 29 des Krankenkassenversicherungsgesetzes die Kassen „zu anderen Zwecken als den statutenmäßigen Unterhaltungen, der Ansammlung des Reservefonds und der Deckung der Verwaltungskosten“ Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse nicht erfolgen dürfen. Der Begriff „Verwaltungskosten“ ist aber ein weitgehender. Das Obergerichtsverwaltungsgericht trage keine Bedenken, die Entscheidung von Vertretern zu den gedachten Kongressen als im Interesse der Kasse liegend anzusehen und die dadurch entstehenden Kosten zu den Verwaltungsausgaben der Kassen im Sinne des erwähnten § 29 zu halten. Voraussetzung sei, daß sich die betreffenden Versammlungen in der Hauptstadt mit den gesetzlichen Aufgaben der Kassen und ihrer Organe befassen und ferner, daß die Veranschlagung der Reisekosten nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Verwaltung erfolgt, d. h. sich in angemessenen Grenzen hält und der Vermögenslage der Kasse entspricht. Beide Erfordernisse sind im Streitfalle gegeben. Zu einer Entscheidung darüber aber, wie es mit der Erhaltung der Reisekosten aus Anlaß des Besuchs anderer Kongresse (über allgemeine Gesundheitsfragen usw.) zu halten ist, die sich mit den Aufgaben der Krankenkassen nicht unmittelbar beschäftigen, liegt augenblicklich kein ausreichender Grund vor.

Die Krankenkassenversicherung im Deutschen Reiche im Jahre 1906. Das kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht jetzt bereits „vorläufige Ergebnisse“ über die Krankenkassenversicherung im Jahre 1906. Das Material erstreckt sich auf die sieben verschiedenen Krankenkassenarten, ausbleibend die Knappschaftskassen, also auf die Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungs-Krankenkassen, ein- und mehrklassige Kassen und landesrechtliche Kassen, sowie auf den „Vorbau“, der mangels einer Zwangskasse einzutreten hat: die Gemeinde-Krankenkassenversicherung. Insgesamt bestanden danach im Jahre 1906 21215 Krankenkassen (88 mehr wie im Vorjahre) mit 11694697 Versicherten. Die Mitgliederzunahme betrug rund 505 000. Bei der Zunahme entfielen auf die Erstkrankenkassen 312 000, auf die eingeschriebenen Kassen 26 000 und auf die Gemeinde-Krankenkassen 13 000 Mitglieder. Die Zahl der mit der Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle betrug 4 124 701 mit 88 145 057 Krankheitslagen. Das ist pro Mitglied 0,38 Erkrankungsfälle mit 7,48 Krankheitslagen, für die Kranken- oder Krankenbarsorge geleistet wurde. Die ordentlichen Einnahmen ergeben an Eintrittsgeldern und Beiträgen 276 659 843 M., während die Gesamteinnahme (Zinsen usw.) 263 320 105 M. beträgt. Die ordentlichen Ausgaben (Krankheitskosten, Verwaltungskosten usw.) betragen 263 543 898 M., darunter

auf ärztliche Behandlung	57 228 700 M.
Arznei und sonstige Heilmittel	35 250 018 "
Krankengelder	104 153 362 "
Unterstützung an Schwangere und Wöchnerinnen	5 062 153 "
Krankheitspflege	32 688 251 "
Pflege für Heilbadeszenten	175 198 "
Sterbegelder	6 522 229 "

Die Krankheitskosten betragen pro Mitglied 20,63 M. Die Verwaltungsausgaben betragen abzüglich der für die Invalidenversicherung 15 328 576 M. insgesamt oder pro Mitglied bei den Erstkrankenkassen 2,01 M. bei den Innungskrankenkassen 2,40 M. und bei eingeschriebenen Kassen 2,35 M. Das Gesamtvermögen aller Kassen betrug 240,4 Millionen Mark (27 Millionen mehr wie im Vorjahre), davon entfielen auf die Erstkrankenkassen 105,09 Millionen Mark, auf die Betriebskrankenkassen 67,01 M. und auf die eingeschriebenen Kassen 18,6 Millionen Mark. So erfreulich der Aufschwung der Krankenkassenversicherung 1906 ist, muß im Interesse der Versicherten auf das lebhafteste bedauert werden, daß durch die Vergrößerung von Betriebskrankenkassen der Massengitterung geradezu Vorlauf geleistet und daß insbesondere in Bayern und Preußen mit der „Gemeinde-Krankenkassenversicherung“ als Ersatz für vollwertige Kassen noch nicht aufgeräumt ist.

Notizen für Gasarbeiter.

Die erste Leipziger Straßenbeleuchtung wurde 1701 durch den Bürgermeister Dr. Franz Konrad Romanus eingeführt. Das Titelbild einer seltenen Zeitschrift: Aufgefangene Briefe, welche zwischen eblischen curieusen Personen über den jetzigen Zustand der Staats und gelehrten Welt gewechselt worden sind (Wahnenberg 1701) führt uns die naive Freude der Bürgerschaft an der erwünschten Beleuchtung der Straßen ergötlich vor Augen und dann heißt es über die „Nachtlaternen, so auch in Leipzig aufgestellt worden sind“, in der 282. Korrespondenz: „Man hat auch in großen Städten angefangen, auf denen Gassen durch Lampen und Lichter die nächtliche Finsterniß zu vertreiben. Und wie gleich dadurch in London, zu Amsterdam, zu Wien, zu Berlin und in andern großen Städten mancherlei Schaden verhütet wird; Also hat man auch namentlich hiezu zu Leipzig die düstere Nacht und Finsterniß in Licht und hellen Schein zu verwandeln resoliert, also daß in der ganzen Stadt auf beyden Seiten der Gassen saum 20 und 30 Schuh von einander, nachdem die Gassen breit seyn, lauter Licht-Säulen eingerichtet, oder zumahl an Ecken eiserne Kerne angeschlagen seyn, und auf denselben schöne große Laternen mit hellen Gläsern und Oel-lampen die ganze Nacht hindurch gebrannt werden sollen, deren man fast auf 700 gehet. Dahero anstatt der sonst mit dem Nachthorn blasenden und die Stunden ausrußenden Wächter 20 Männer, nemlich 5 in jedem Viertel, darauß bestellt seyn, welche auch mit gewisser Mäßen einander ein Zeichen geben und so es die Not erfordert, einander beschpringen und zusammen kommen können. Von so löblicher Anstalt hoffet man allerhand Vortheil und Nutzen; und können solchergehalt nicht nur die Privat-laternen und Fackeln erspart werden, die ein jeder sonst vor sich bey nächtlichen Ausgehen gebrauchen muß, sondern es laßen sich auch viel Sünden wieder das 5., 6. und 7. Gebot, die Rühro im Schwange gegangen, desto füglich verhüten und abwehren.“

Berlin. Die Stadt Berlin unterhält zurzeit 32 381 öffentliche Flammen. Von diesen 32 381 Flammen brannten:

Flammen	mit stündlich. Verbrauch	die ganze Nacht	bis Mitter- nacht
Stehende Freigasglühlichtbrenner .	1200 Liter	39	86
" " " "	600 "	267	268
" " " "	450 "	16	16
Hängende " " " "	1200 "	153	153
" " " "	600 "	20	20
Vasallampen " " " "	650 "	22	—
Starklichtbrenner Oel- " " " "	480 "	10	54
Gasglühlichtbrenner " " " "	130 "	—	7429
" " " "	120 "	22 823	—
Hängende Gasglühlichtbrenner " " " "	110 "	363	331
Wandbrenner " " " "	100 "	—	—
" " " "	80 "	354	—
		24 067	8807

Am 1. Oktober 1907 wurden noch durch Petroleum gespeist 157 Flammen; von diesen sind mittlerweile 46 Flammen eingegangen. Durch Spiritusglühlicht wurden 21 Flammen gespeist. Die Gesamtsumme der öffentlichen Beleuchtung dienenden Flammen am 31. Dezember 1907 betrug demnach 33 640. — An elektrischen Lampen waren am 31. Dezember 1907 vorhanden: Wogenlampen 801, Intensivbogenlampen 43, Glühlampen 14, Kernlampen 144, Intensiv-Kernlampen 35, zusammen 1040. Die Zahl der überhaupt der öffentlichen Beleuchtung dienenden Flammen und Lampen beträgt zurzeit 34 680. — Die Gasvergehung im Malendervierteljahr Oktober/Dezember 1907 betrug 82 593 000 Kubikmeter, gegen Oktober/Dezember 1906: 78 015 000 Kubikmeter, also mehr 4 578 000 Kubikmeter = 5,668 Proz.

Von etwa Mitte September bis etwa Mitte Dezember 1907 wurde Gas abgegeben:

	1907 ebm	gegen 1906 ebm	mehr %
1. Durch gewöhnliche Gasmesser zum Preise von 12,35 Pf. für 1 Kubikmeter, ausschließlich des eigenen Verbrauchs	62 837 170	60 427 177	3,966
2. Durch 36 619 Münzgasmesser für 735 667,62 M. (in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres für 630 104,96 M.) nach dem Preise von 10 Pf. für 675 Liter	4 965 756	4 255 233	16,906
Summe	67 802 926	64 682 410	4,824

Münzgasmesser (Automaten) wurden im Malendervierteljahr Oktober/Dezember 1907 aufgestellt 6784 gegen Oktober/Dezember 1906 5858.

Aus den Stadtparlamenten.

Essek. Der Magistrat will bei den Stadtverordneten beantragen, den städtischen nicht ruhegehaltsberechtigten Angestellten und Arbeitern, neben den durch die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung bereits gewährten Vergünstigungen eine besondere Fürsorge bei dauernder Erwerbsunfähigkeit, Krankheit usw. zu gewähren. Wie es heißt, sind die Gründe hierfür einerseits auf soziale Erwägungen zurückzuführen, andererseits beabsichtigt man hierdurch der Stadt brauchbare Arbeiter zu sichern, die als Wegewärter, Gaswerkarbeiter u. dergl. Verwendung finden. Die Neuerung soll am 1. Mai d. J. bereits in Kraft treten. Zur Festsetzung der durch diese Rentengewährung entstehenden Ausgaben soll bis auf weiteres alljährlich der Betrag von 500 M. in den außerordentlichen Haushalt bereitgestellt werden, mit der Maßnahme, daß der in einem Jahre nicht verwendete Betrag jedesmal einem anzusammelnden Fonds zugeführt wird. Die Grundsätze über die Gewährung der Renten sehen eine ununterbrochene 10jährige Dienstzeit im Dienste der Stadt an. Ferner ist vorgesehen, daß das Ruhegehalt 30 Proz. des letzten Dienstlohns, jährlich steigend um 1 Proz. bis zum Höchstbetrage von 65 Proz. betragen soll. Das Wittwengeld beträgt 40 Proz. des Ruhegeldes, das Witwengeld für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Jahre, wenn die Mutter lebt, $\frac{1}{2}$, und wenn die Mutter tot ist, $\frac{1}{4}$ des Wittwengeldes. Witwen- und Witwengeld zusammen sollen den Betrag von $\frac{1}{2}$ des Ruhegeldes, das der Ehemann zuletzt bezog, nicht übersteigen. Diese Vergünstigungen auf Rentenbezug können entzogen werden, wenn die Empfänger einen unfittlichen Lebenswandel führen, sich dem Trunke ergeben oder infolge gerichtlichen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig gehen. — Für jährlich insgesamt 500 M. will man sich „brauchbare“ Arbeiter sichern! Falls wirklich der im letzten Satz angeführte Passus in die Bestimmungen aufgenommen werden sollte, ist das ganze von sehr problematischem Wert. Hoffentlich findet sich unter den Stadtverordneten eine wirklich sozialgeförmte Mehrheit, die diesen letzten Satz entfernt.

Berlin. Bei der Beratung der Haushaltspläne wurde die städtischen Kollegien wurde der Etat des Gaswerks in Einnahme mit 175 900 M. und in Ausgabe mit 146 223,50 M. festgestellt. Auf einen Antrag des Abg. Gräfe wurde den Gasarbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Proz. bewilligt, wodurch eine Mehrausgabe von 2000 M. entsteht.

Aus unserer Bewegung.

Treßden. Am 28. März fand im Saale der Zentralhalle eine öffentliche Versammlung der Arbeiter in städtischen Betrieben statt. Der Arbeiterssekretär Menke hielt einen einflussreichen Vortrag über „Die Feinde der Gewerkschaftsbewegung“. Er hob dabei die Maßnahmen der Staats- und Gemeindebehörden besonders hervor, die den in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeitern das Koalitionsrecht außerordentlich erschweren, zum großen Teil sogar unmöglich machen. Leider sei ein großer Teil der Feinde der Gewerkschaftsbewegung in den Kreisen der Arbeiter selbst zu suchen: Namentlich der fünfte Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sei gewerkschaftlich organisiert. Hier sei noch sehr viel Aufklärung zu schaffen. — Nachdem wurde über die Aufgaben der neugewählten Arbeiterausschüsse“ behandelt. Hierzu führte Kollege Lischen an: Bei dem Inkrafttreten der neuen Arbeiterordnung am 1. Januar 1904 wurden auf die Arbeiterausschüsse große Hoffnungen gesetzt. Diese Erwartungen haben sich jedoch nur in kleinem Maße erfüllt. Es muß leider konstatiert werden, daß seit dieser Zeit bedeutende Verdröckungen zu verzeichnen sind. Die Anträge der Ausschüsse haben oft gerade das Gegenteil der Wünsche der Arbeiter zu verzeichnen. So wurden den Koalitionsarbeitern die Tagelöhne entzogen, weil sie im Sommer nicht mehr 11 Stunden pro Tag arbeiten wollten, desgleichen den Straßenwärttern. Bei der Abänderung der Arbeiterordnung wurde das Gutachten von der Mehrheit der Ausschüsse nicht beachtet. Das Gutachten eines einzigen Arbeiterausschusses wurde gegen den Willen der anderen Ausschüsse, welche die Meinung der über großen Zahl der Arbeiter vertraten, von den städtischen Kollegien zum Beschluß erhoben. Die Lohnforderungen der Arbeiter wurden ähnlich behandelt. Anstatt daß die als notwendig erachtete Teuerungszulage bewilligt wurde, haben die Verwaltungen, wie zum Lohn, die Anfangslöhne der Arbeiter um zwei Pfennige pro Stunde gekürzt, obwohl einer Anzahl höherer Beamter Zulagen von ansehnlicher Höhe gemacht worden sind. Die erste Aufgabe der neugewählten Ausschüsse muß deshalb sein, sich Rechte zu verschaffen, damit nicht wieder Zustände eintreten, die als Verdröckungen bezeichnet werden müssen. — Die Arbeiterausschüssevertreter nahmen wiederholt das Wort und erklärten, ihr mögliches zu tun, wenn sie nur von den Arbeitern in genügender Weise unterstützt würden. — Unter Gewerkschaftlichem wurde noch gesagt, daß bei Verlangen nach Abschlagzahlung große Schwierigkeiten gemacht werden und daß versucht wird, die 11tägige Lohnzahlung auch in anderen Betrieben als beim Tiefbauamt einzuführen. Den Straßenreinigern ist verboten, solange sie die Unsa-

form tragen, zu rauchen, auch wenn sie sich nicht im Dienst befinden. Die Arbeiter, welche in Arbeit treten wollen, müssen sich ärztlich untersuchen lassen und für tauglich befunden werden. Diese Maßnahmen passen wenig zu der schlechten Entlohnung, welche ihnen in Aussicht gestellt wird. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme, und das Bureau wurde beauftragt, dieselbe unverzüglich den städtischen Kollegien zur Kenntnis zu bringen: „Die am 28. März im Saale der Zentralhalle zahlreich versammelten städtischen Arbeiter nehmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß der Rat zu Dresden die im vorigen Jahre versprochene und vom Stadtverordnetenkollegium bewilligte Feuerungszulage abgelehnt hat. Nicht genug, daß den Arbeitern die Feuerungszulage nicht gewährt wurde, nein, die einzelnen Betriebsverwaltungen haben auch noch die Anfangslöhne um 2 Pf. pro Stunde reduziert. Mit Hinsicht auf die bestehende Feuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel erblicken die Versammelten in einem derartigen Vorgehen der Betriebsverwaltungen geradezu eine Verhöhnung der an und für sich schon mäßigen Lage der Arbeiterschaft. Die Versammelten protestieren ganz entschieden gegen die Reduzierung der Anfangslöhne und erwarten, daß der Rat zu Dresden die den Arbeitern versprochene Feuerungszulage möglichst bald gewährt. Nach Ansicht der versammelten städtischen Arbeiter ist es eine moralische Pflicht der Gemeindeverwaltung, bei der jetzt bestehenden Feuerung die Löhne der Arbeiterschaft nicht zu kürzen, sondern zu erhöhen, sowie ihre Wünsche ebenso zu berücksichtigen als wie zurzeit die der Zununftsrichter.“

Göppingen. Am 9. Mai d. J. wählen die Gemeindeglieder Göppingens einen neuen Stadtschultheißen, nachdem der bisherige seinen Rücktritt am 1. Juli angezeigt hat. Bei der Gehaltsfestsetzung für den künftigen Ortsvorstand zeigten sich die Gemeindevorteiler bedeutend splendifer als feinerzeit, wo es sich darum handelte, mit einer Arbeitsordnung auch die Feuerung der Löhne der städtischen Arbeiter zu beraten. Für Tagelöhner wurde dort ein Anfangslohn von 2,70 Mk., alle zwei Jahre um 10 Pf. steigend bis zu 3,50 Mk., festgesetzt, dabei aber gleich betont, daß die Vorrückung keine unbedingte sei, sondern dieselbe werde vielmehr auf Vorrat der Betriebsleiter durch die Vauabteilung bestätigt oder nicht bestätigt. Bei der Gehaltsfestsetzung für den künftigen Stadtvorstand wurde aber beschlossen, daß als Anfangsgehalt 9000 Mk., alle drei Jahre steigend um je 1000 Mk. bis zu 12 000 Mk., bezahlt werden sollen. Wir können dem künftigen Stadtvorstand eine anständige Bezahlung seiner Arbeit, hoffen aber, daß auch mit dem Amtsantritt des neuen Stadtvorstandes ein Wechsel in der Bezahlung und Behandlung der städtischen Arbeiter eintritt. Insbesondere die Gasarbeiter leiden unter Verhältnissen, über die man anderwärts nur den Kopf schüttelt. So hat man voriges Jahr z. B. folgenden Beschluß fassungsgebracht, der wörtlich folgendermaßen lautet: „1. Die Schichtführer und diejenigen Retortenarbeiter des Gaswerks, die als solche seit mindestens einem Jahr im Gaswerk tätig sind, erhalten künftig, soweit dies möglich ist, größere Ruhepausen als feither. 2. Der Direktion des Gaswerks wird das Recht eingeräumt, in Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeiter den Lohn statt bis zu 30 Pf. bis zu 2 Pf. steigen zu lassen und die Ofenarbeiter statt mit 2 Pf. mit 34 Pf. Anfangslohn einzustellen. 3. Diejenigen Arbeiter, die jahraus, jahrein, bei Tag- und Nachtarbeit im Gaswerk beschäftigt sind, erhalten womöglich im Sommer bei Fortzahlung des Lohnes einen Urlaub, dessen Beginn und Ende vom Gaswerk in jedem einzelnen Fall speziell festgesetzt wird. Voraussetzung dieses Urlaubs ist, daß die im Betriebe bleibenden Arbeiter aus der Arbeitsleistung der Urlauber übernehmen, so daß dem Gaswerk durch die Urlaubnahme keine Kosten entstehen.“ Es war nicht verwunderlich, daß die Gasarbeiter es ablehnten, unter diesen Bedingungen Urlaub zu nehmen. Sie glaubten, daß ihnen damit unter Umständen sogar eine Falle gestellt sei, indem eventuell die Betriebsleitung sich nach der Urlaubszeit auf den Standpunkt stellen würde, daß man bei den Schichtarbeitern einen Mann sparen konnte, denn wenn die Arbeiter einmal wochenlang einen Mann entbehren konnten, so hätten sie sich daran gewöhnt, auch ohne diesen die Arbeit zu machen, und der Betriebsüberwacher wäre wieder um den Jahreslohn eines Arbeiters vergrößert. Was kümmert es die Herren, wenn ein Arbeiter unter der Arbeitslast zusammenbricht? Anders Tages gibt es ja wieder andere, welche die enttandene Lücke ausfüllen. Wie hieraus zu ersehen, ist es mit dem sozialpolitischen Verständnis der bisherigen Nachhaber nicht weit her. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Göppinger städtischen Arbeiter als höchsten Vorsehens durch die Wahl vom 9. Mai einen Mann erhalten, der mit offenem Blick und sozialem Verständnis an die Beseitigung der vorhandenen Mißstände geht und den auch das Stützungsnetz der Spießer auf den Antisocialen nicht abdrückt, wenn es gilt, fortschrittliche und der heutigen Zeit entsprechende Verhältnisse zu schaffen. Also die städtischen Arbeiter haben bei der Wahl durchaus nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen!

Göppingen. In der am 20. März stattgefundenen außerordentlichen Versammlung im Lokal „Zur Rose“ referierte Kollege Biegler. Beiläufig über: „Warum müssen wir uns organisieren?“ In der angeschlossenen Diskussion, in welcher einige

Fragen ihre Erlebigung fanden, kam besonders zum Ausdruck, daß leider manche Kollegen hauptsächlich die der Straßenreinigung, für die Organisation schwer zu haben sind. Es wäre einmal an der Zeit, daß diese Kollegen den Wert der Organisation durch das schon Errungene zu würdigen verständen. Denn heute wäre noch keine Arbeitsordnung vorhanden, wenn nicht unsere Organisation festen Fuß gefaßt hätte. Nun muß aber ein weiterer Ausbau und Fortschritt erzielt werden, damit wir bessere Arbeits- und Lohnverhältnisse erringen. Dazu ist notwendig, daß ein jeder Kollege sich der Organisation anschließt.

Stettin. Am 25. März fand im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Genosse Hützel referierte über „Politik und Gewerkschaft“. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab einen Ueberschuß von 3,85 Mk. Die Delegiertenwahl für den kommenden Gewerkschaftskongress findet am Sonnabend, den 25. April, abends von 8-10 Uhr bei Lüdke, Berliner Tor 10, statt. Das Wahlkomitee besteht aus den Kollegen A. Köppler, A. Schadowald und A. Gründemann. Als Bibliothekar wurde der Kollege Heint. Woldenbauer gewählt. Die Bibliotheksstunden finden jeden Sonnabend, von 8-10 Uhr abends, bei Lüdke statt. Die Stettiner Kollegen sind hiermit erneut darauf hingewiesen, von dieser schätzbaren Einrichtung den weitgehendsten Gebrauch zu machen, denn Wissenschaft und Arbeiter gebären zusammen, nicht wie die Vertreter des Geldsacks behaupten: Bildung und Reichtum. Des weiteren wurde beschlossen: jedem Kollegen und dessen Ehefrau, ohne Anrechnung der Mitgliedschaft, bei Sterbefällen einen Kranz mit blauer Schleife zu spenden. Nach einem Appell an die Anwesenden, für den Ausbau unserer Organisation Sorge zu tragen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rundschau.

Aus dem Reichstag. Am 2. April begann die zweite Sitzung des Reichstages. Die Blockparteien suchten ihren Verrat nicht einmal zu verhehlen, sondern sie wären am liebsten durch Mundtotmachen (Schlussanträge) der ihnen lästigen Diskussion aus dem Wege gegangen. Aber es blieb ihnen nichts geblieben. Genosse Heine (Soz.) stellte fest, daß die Freisinnigen in der Tat große Opfer des Intellekts und der Ueberzeugung gebracht haben, um dieses verpreuende Geseß gut zuheißen. Jedoch — man half sich durch Lärmen und Unterbrechungen, bis selbst der konservative Präsident eingreifen mußte und unserem Redner Gehör verschaffte. — Minister v. Bethmann-Hollweg lehnte jede Gewährung von Versammlungsrechten an Ausländer ab, versand sich aber zu der Erklärung, daß Präventionsverbote (d. h. Verbote vor Stattfinden der Versammlung) von der Polizei nicht erlassen werden dürfen. — Der freisinnige Blockführer Müller-Weinigen, be- rühmt durch sein Zwischenfängerrolle beim Journalistenstreit, bestränkte sich auf die Erklärung des unentwegten Festhaltens an der Kompromissfalschung. — Selbst der Antisemit Windwald trat gegen das Vereinsgesetz auf. — Genosse Legien befragte eine durchgreifende Änderung des § 1. Er sagte u. a.: Wenn Streikbrecher in großer Zahl ins Land kommen, sind wir genötigt, Ausländer kommen zu lassen, die ihre Vandalen durch Vorträge in Versammlungen ausüben, um sie vom Streikbruch abzuhalten. Wir haben es aber erlebt, daß die Polizeibehörde solchen Ausländern erklärt hat: Wenn du in der Versammlung sprichst, wirst du ausgewiesen. Wenn Sie das nicht wollen, warum weigern Sie sich dann, eine Bestimmung zu treffen, durch welche den Ausländern der Zutritt zu Versammlungen freigegeben wird. Wollen Sie es aber, so besteht die Absicht der Großunternehmer einen Dienst zu erweisen. Streikbrecher für sie heranzuziehen und uns die Möglichkeit zu nehmen, die Ausländer vom Streikbruch abzuhalten. Alles das trifft auch für die Freisinnigen zu. Sie dokumentieren, wenn Sie unsere Anträge ablehnen, daß Sie weit davon entfernt sind, die Interessen der deutschen Arbeiter vertreten zu wollen. Sie geben alle liberalen Grundsätze preis, bloß um das Geseß zu bringen, und rühmen es dann als eine Frucht der liberalen Ära, als Frucht der Radikalität! Herr Müller-Weinigen erklärte, der Entwurf habe in der Kommission eine sehr wichtige Verbesserung erfahren. Ist vielleicht der § 10a, der das Verbot der Teilnahme der Jugendlichen an politischen Vereinen und Versammlungen enthält, eine solche Verbesserung? Diese Verbesserung geht noch über die reaktionäre Verordnung von 1850 hinaus, und die Liberalen bringen sie in das Geseß hinein, obwohl die Regierung hier bei der ersten Sitzung erklärt hat, sie könne darauf verzichten. Was bringt denn die Vorlage überhaupt an Verbesserungen des bestehenden Zustandes? Die Teilnahme der Frauen an politischen Vereinen und Versammlungen, ein Verbot, das schon lange nicht mehr aufrecht zu erhalten war. Weiter bringt das Geseß Freieinrichtung der Vereine von der Verpflichtung, Mitgliedslisten an die Polizei einzureichen. Aber auch das will nichts sagen, denn was will die Polizei mit dem vielen Papier machen? Ferner fällt die Ueberwachungsmaßnahme der Mitgliederversammlungen fort. Nun, praktisch war die Ueberwachung längst nicht mehr möglich und durchführbar, schon aus dem Grunde, weil n-

genügend Beamte vorhanden sind. Diesen sogenannten Verbesserungen stehen aber sehr erhebliche Verschlechterungen gegenüber. Wir beantragen, den Begriff der politischen Angelegenheiten näher zu definieren, damit gewerkschaftliche Organisationen künftig nicht wie bisher mit den lästigen Bestimmungen belastet werden, die für politische Vereine gemacht sind. Wenn sie das nicht klar und deutlich zum Ausdruck bringen, werden in Zukunft die gewerkschaftlichen Organisationen noch schlechter gestellt sein als bisher. Denn das bisherige Vereinsrecht verlangt die Einreichung der Mitgliederlisten. Jetzt aber sollen die Vorstandsmitglieder der Polizei bekanntgegeben werden, und dadurch werden gerade die leitenden Personen und treibenden Kräfte der Organisationen der Mäßigkeitsgefährdung ausgesetzt. Denn allzu oft teilt die Polizei unter Bruch der Amtsverschwiegenheit und des Rechtes den Arbeitgebern ihre Listen mit. Redner machte eine Reihe solcher Fälle namhaft. — Auch wir könnten ein Liedchen davon singen. Natürlich war die Mäßigkeit unebelbar und nahm die Kompromißfassung an. — Am 3. April wurde die Beratung beim § 3 fortgesetzt. Auch hier stellten die Sozialdemokraten eine Anzahl Verbesserungsanträge, die besonders durch unsere Genossen Sildensbrand, Heine und David bearbeitet wurden. Alles vergeblich! Die Mäßigkeit hatte ihren Handel abgeschlossen, da gibt's nichts mehr! §§ 3-6 wurden angenommen. — Am Sonntagabend, den 4. April kam der entscheidende § 7 an die Reihe. Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung. Wieder trat Genosse Legien auf den Plan und wies nach, daß mit diesem Ausnahmeparagraphen nicht die nationale Agitation unterbunden wird, wohl aber die gewerkschaftliche. Und das ist auch die Absicht. „Sie wollen die Arbeiter hindern, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken. Als in der Kommission der Antrag gestellt war, auch solche Versammlungen vom § 7 auszunehmen, in denen gewerkschaftliche Fragen besprochen werden, erklärte sich der Regierungsvizepräsident dagegen, und der Antrag wurde mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. ... Damit haben Sie zweifellos zum Ausdruck gebracht, daß Sie nichts anderes wollen, als die gewerkschaftliche Tätigkeit der deutschen Arbeiter zu unterbinden; Sie wollen ihnen die Möglichkeit nehmen, mit vom Auslande herbeigezogenen Streikbrechern zu verhandeln und sie vom Streikbruch abzuhalten. Daraus geht hervor, daß die gegenwärtige Fassung des § 7 von Großindustriellen stammt.“ — Auch Hue (Soz.) griff energisch ein und kam zu dem Schluß: „Wer für den § 7 stimmt, der stimmt damit gegen die Gewerkschaftsbewegung. Er bewußt oder unbewußt unterstützt er die Gewerkschaften zugunsten des Kapitals.“ Also dann wurde in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 179 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, auch der § 7 in der Kommissionsfassung angenommen. Von den Freisinnigen stimmten nur Dohren, Daubmann, Reumann, Höfer und Pott Hof dagegen. — Vielleicht wird dem Freisinn seine schamvolle Haltung bei den nächsten Wahlen beigebracht. Wenn es noch notwendig wäre, so zeigt sich hier wiederum deutlich, daß die Gewerkschaften als ihre einzigen berufenen Vertreter im Parlament die Sozialdemokratie zu erachten haben.

Eine Anzahl lothringischer Blätter bringen die nachfolgende Notiz: „Saarburg, 25. März. Eine sehr sonderbare, aber am Ende sehr heilsame Maßregel hat das Kreisbauamt hier erlassen. Es hat den Lohn der Straßenarbeiter diesen nicht selbst ausbezahlt, sondern den Frauen per Postanweisung zugesandt. Als die Leute zum Lohnempfang erschienen, wurde ihnen das mitgeteilt. Dem reichlichen und verderblichen „Schoppen“, der bei vielen Arbeitern am Lohnstage zur Gewohnheit geworden ist, wird natürlich dadurch nicht unvorteilhaft vorgebeugt. Eine andere Frage ist aber, ob diese Regelung gesehlich ohne Vereinbarung mit den Leuten zulässig ist.“ — Diese Notiz ist mindestens so sonderbar als die Maßregel selbst. Nicht genug, daß die betr. Arbeiter in völlig ungesetzmäßiger Weise belästigt werden, die bürgerliche „unparteiische“ Presse glaubt sie auch noch ungernert bespöten zu können. Mögen die Kollegen daraus erkennen, was die „Total“, „General-Anzeiger“, „Morgen Post“ usw. für uns wert sind!

Schlesische Kulturbilder. In letzter Zeit gelang es unserem Verbands, auch in Glogau mit der Agitation einzusetzen. Durch Denunziation ist es nun zu Ehren der dortigen Behörden gekommen und weiter auch zur Kenntnis der Spicker eines ihrer Organe, und zwar die konservative „Neue Schlesische Zeitung“, demnächst nun der Glogauer Stadtverwaltung das Vorgekommene. Sie schreibt unter der Überschrift „Der sozialdemokratische Gemeindearbeiterverband“ von dem Eindringen des Verbandes, gibt die Flugblätter auszugeweiht wieder und schließt ihre Denunziation mit den schönen Worten: „Es handelt sich hier um eine ganz planmäßige von dem Breslauer Zweigverein des „Deutschen Gemeindearbeiterverbandes“ betriebene Aktion, bei der sich der Breslauer Verbandshilfsrat Fritz Weichlein der Vermittlung des bekannten sozialdemokratischen Agitators Kralau in Kopsitz bedient hat. An diesen Herrn sind die beiden in Breslau gedruckten Flugblätter geschickt worden und er hat die Verteilung derselben in Glogau

besorgt. Große Erfolge haben die Herren Sozi bis jetzt unter dem Glogauer städtischen Arbeiter nicht erzielt, immerhin sollen aber doch einige derselben ihren Anschluß an den „Gemeindearbeiterverband“ erklärt haben. Bezeichnend ist in beiden Flugblättern die wiederholte Erwähnung des Herrn Stadtverordneten Dr. Gabriel, dem die sozialdemokratische Anerkennung seiner Fürsorge um das Wohl der städtischen Arbeiter gewiß sehr schmeicheln wird. Wie meinen, es wäre wohl angebracht, daß sich die am nächsten Mittwoch tagende Stadtverordneten-Versammlung einmal näher mit der Angelegenheit befasse, denn es kann dem berufenen Vertreter der Stadt Glogau doch nicht gleichgültig sein, wenn ihre Arbeiter ins Lager der Umsturzpartei gezogen werden sollen. Die Glogauer Gerreidehändler und Expeditoren sind zurzeit durch die sozialdemokratische Organisation des Hafen- und Transportarbeiterverbandes überrumpelt worden, möge sich die Stadt Glogau davor hüten, daß ihr ein Gleiches geschieht.“ — Auch die „Schlesische Zeitung“, das genügend bekannte Blatt des Unternehmertums, darf natürlich nicht fehlen, und auch dieses Schwarzmacherpapier bringt am 26. März einen entsprechenden „Rufschrei“ aus der Provinz. Ob ihr Scheitern auf die Glogauer Arbeiter Eindruck machen wird? Nun, wir sind sicher, daß die dortigen geringen Löhne eine so deutliche Sprache für die städtischen Arbeiter sprechen, daß aller Liebe Mühe, sie wieder vom Gemeindearbeiterverband abjenseitig zu machen, vergeblich sein dürfte! Die beiden Blätter mit dem Vogel am Kopfe können sich beruhigen, der Verband marschiert trotz alledem!

Beamtenwille für bei der Dresdener Straßenbahn. Die „Schlesische Arbeiterzeitung“ schreibt: Folgender unterhört Fall wird uns berichtet: Der Streckenarbeiter G. Lehmann ist seit ungefähr August 1905 als Streckenarbeiter bei der städtischen Straßenbahn beschäftigt gewesen. Seine letzte Beschäftigung begann, nachdem er vom 23. Oktober 1907 bis zum 27. Februar 1908 wegen eines Betriebsunfalles krank und erwerbsunfähig gewesen war, am 27. Februar bei der Kolonne des Bahnmeisters Schüge. Freitag, den 20. März, arbeitete Lehmann von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr auf der Löblauer Straße und wurde von dort nach den Gleiserneuerungsarbeiten auf der Albertbrücke geschickt. Diese Arbeit begann nachts 12 Uhr. Lehmann arbeitete ununterbrochen bis morgens gegen 5 Uhr 50 Minuten. Zu dieser Zeit kam die Frau Lehmanns und brachte einen Krug warmen Kaffees und Butterbrot. Das Brot steckte Lehmann ein, den Kaffee trank er unmittelbar aus. Nach seinen Angaben hat Lehmann dadurch seine Tätigkeit kaum eine Minute unterbrochen. Seine Mitarbeiter können diese Angabe bestätigen. Lehmann wurde, nachdem er seine ihm zugewiesene Arbeit nach dem Genuß des Kaffees wieder aufnehmen wollte, vom dem Bahnmeister, Herrn Schüge, mit der Bemerkung: „Weil Sie mich nicht gefragt haben, hören Sie sofort auf,“ aus der Arbeit entlassen.

Nach den neuen Bestimmungen für die Landtagswahlen (Gesetz vom 28. Juni 1906, Artikel 1 § 3) kann auch in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern auf Antrag des Gemeindevorstandes der Minister des Innern anordnen, daß die Wahl — die Wahl der Wahlmänner — in Form der Fristwahl vorzunehmen ist, während bisher allein die Form der Terminwahl zulässig war. Während bei der Terminwahl die Wähler zu einer bestimmten Stunde — eben dem Termin — im Wahllokal erscheinen müssen, was vielen Arbeitern und kleinen Angestellten unmöglich, war bei der Fristwahl genau wie bei der Reichstagswahl eine Reihe von Stunden bestimmt, innerhalb deren die Wähler ihre Stimme abgeben können. Da der Wahltag immer näher heranrückt, sollten unsere Genossen und namentlich unsere Vertreter in der Gemeindeverwaltung schleunigst auf die Gemeindeverbände einwirken, damit diese beim Minister die Anordnung der Fristwahl beantragen. Wir verweisen zur Begründung auf die im Auftrage des Parteivorstandes herausgegebene Broschüre über die gesetzlichen Bestimmungen zur preussischen Landtagswahl („Vorwärts“ Buchhandlung, Berlin 1906), in deren Anhang einige Aufgaben aufgezählt sind, die den sozialdemokratischen Gemeindevertretern jetzt vor der Landtagswahl erwachsen.

Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns. So lautet dem Sinne nach ein Zirkular, das die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands zur Verbreitung gelangen ließ. In diesem Aufruf an die Frauen heißt es, daß, wenn die Regierung an der öffentlichen Stimmabgabe bei den Landtagswahlen abgefeilt, die Frauen sich diese Waise der öffentlichen Stimmabgabe zunutze machen müssen. Wörtlich heißt es dann: „Sie wird uns dazu dienen, eine scharfe Kontrolle über die Stimmabgabe der Milchhändler, Krämer, Bäcker, Fleischer, Kohlen-, Holz- und Grüntraumhändler usw. auszuüben. All die betreffenden Geschäfte kritisieren meist nur dann der Arbeiterfreundlichkeit. Stimmen ihre Inhaber gegen uns, d. h. nicht für Sozialdemokraten, so beweisen sie damit, daß sie demütig sind, sich Parteigewalt zu erheben. Nicht nur eine Frau muß bei einem Händler nach seinem politischen Glaubensbekenntnis forschen, sondern eine größere Anzahl Frauen soll es tun, damit dem Manne bange wird vor den vielen Mäulen, die ihm abtrünnig werden könnten. Kurz, sie (die Frauen) müssen auf die betreffenden

Preise einen Terrorismus ausüben, der so stark wie nur möglich ist. Die Tagespresse muß uns dabei zur Seite stehen. In jeder öffentlichen Versammlung muß diesem Terrorismus das Wort geredet werden." Wir können dem nur zustimmen und fordern von den Frauen unserer Mitglieder, daß sie so handeln, wie es im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig ist. Wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns, mag er sehen, wo er bleibt; Rücksichtnahme auf unsere Gegner, die uns bekämpfen und rechtlos sein lassen und machen wollen, muß aufhören. Die politische Reaktion muß mit dem wirtschaftlichen Vorkott zur Maison gebracht werden. Das ist nicht das einzige Mittel im wirtschaftlichen Kampfe. Was das Unternehmertum den Vogen nicht zu straff spannen, oder es wird nie Ruhe finden.

Ein großzügiges Genossenschaftsprojekt. Die „Deutsche Gartenstadt-Gesellschaft“ erlöst jenen einen Auszug zur Gründung einer Gartenstadt bei Berlin. Die Gartenstadtbewegung will ähnliches tun, was heute die Terranggesellschaften der Vororte mit einer planmäßigen Erschließung von Gelände für Wohn- und Industriezwecke tun. Nur will sie ihr Ziel in gesunderer Form, unter Ausschließung jeder Bodenpekulation verwirklichen, so daß die Vorteile solcher Ansiedlungen dauernd der Gesamtheit der künftigen Wohnerschaft gesichert sind. Und sie will es endlich in größerem Maßstabe, auf größerer Fläche tun, in der Ueberzeugung, daß dieser größere Maßstab das Auffuchen billigsten Landes ermöglicht und alle die Nachteile vermeidet, welche isolierte Ansiedlungsversuche zuweilen gezeigt haben. — Die Gesellschaft wendet sich nun, Mithilfe suchend, an alle Interessenten, d. h. an alle, die aus sozialem Interesse ein solches Unternehmen zu fördern gewillt sind, und namentlich auch an die Vertreter des Gewerbelebens, die eine Verlegung von Betrieben planen. Von Freunden der Gesellschaft sind Geldmittel in Aussicht gestellt unter der Bedingung, daß sich Industrie zur Uebersiedelung bereit erklären. Es ist an eine Gründung in Norddeutschland gedacht. Doch ist ein bestimmtes Gelände noch nicht ins Auge gefaßt. Vielmehr sollen bei der Wahl des Geländes die Wünsche auswanderungsbereiter Industrieller berücksichtigt werden. Für den Fall, daß dieser Aufruf den erhofften Widerhall findet, wird sofort zur Errichtung einer gemeinsamen Gründungsgesellschaft und zur Begründung einer Musteransiedlung geschritten werden.

Ueber die Ausgaben der Armenpflege in einigen größeren Städten entnehmen wir die folgenden auf das Jahr 1905 bezüglichen Mitteilungen einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt München. Eine Vergleichung der Zahlen kann infolge der verschiedenen gesetzlichen Grundlagen der Armenpflege und des Einflusses von Richtungen allerdings nur mit einem gewissen Vorbehalt vorgenommen werden.

Stadt	Einwohner 1904/05	Ausgaben insgesamt M.	Pro Kopf der Einwohner M.	Auf 100 Einwohner Unterstützte
Berlin . . .	2 010 826	10 103 242	5,02	2,5
Hamburg . . .	802 670	1 962 004	2,44	2,4
München . . .	520 000	2 176 073	4,08	2,7
Leipzig . . .	507 002	910 026	1,79	0,7
Köln . . .	427 000	635 520	1,49	1,4
Frankfurt a. M.	334 000	885 711	2,65	2,2
Düsseldorf . . .	249 700	639 172	2,16	2,8
Chemnitz . . .	244 405	205 374	0,84	—
Stettin . . .	224 078	373 712	1,67	—
Bremen . . .	209 679	435 918	2,00	—
Mannheim . . .	162 607	254 345	1,54	1,9
Mainz . . .	83 131	144 861	1,74	1,2
Düsseldorf . . .	59 580	65 323	0,93	—

Die auf den Kopf der Einwohner entfallenden Ausgaben für Armenpflege sind also in Berlin mit 5,02 M. bei weitem am größten. Es folgt München mit 4,08 M. und dann erst in weitem Abstände die übrigen Städte. Auch ergeben sich die höheren Ausgaben Berlins nicht etwa nur aus einem höheren Prozentsatz der zu Unterhaltenden. Dieser Prozentsatz ist in Düsseldorf z. B. noch größer, in Hamburg fast ebenso groß; trotzdem sind die dort auf den Kopf der Bevölkerung fallenden Ausgaben noch nicht halb so hoch wie in Berlin. Den Schluss der Reihe bilden Coblenz mit 0,83 und Chemnitz mit nur 0,84 M. Armenausgaben pro Kopf der Bevölkerung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Lehrplan für das 2. Quartal 1908 lautet: Montag: Gesellschaftslehre. (Die Entwicklung des neueren deutschen Rechts. Was zur Gründung des Deutschen Reiches.) Vortragender: Simon Mahlenstein. — Montag: Geschichte. (Aus der Geschichte der politischen Parteien in Deutschland.) Vortragender: Julian Vordach. Dieser Kursus findet in Steglitz bei Schellhase, Ahornstr. 15a, statt. — Dienstag: Rednerschule. Vortragender: Max Grünwald. — Donnerstag: Nationalökonomie. (Theorie und

Methode der Statistik.) Vortragender: Max Grünwald. — Sonnabend: Geschichte. (Geschichte des Wahlrechts und der Wahlrechtsbewegungen.) Vortragender: Dr. A. Conrad. In Berlin beginnt der Unterricht in Gesellschaftslehre: Montag, den 6. April; Rednerschule: Dienstag, den 7. April; Nationalökonomie: Donnerstag, den 9. April; Geschichte: Sonnabend, den 11. April; Geschichte in Steglitz: Montag, den 6. April. — Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. — Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen. — Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstr. 70 III, rechts, zu senden. — Auch in Hamburg, Dresden, Magdeburg usw. finden ähnliche Kurse statt, deren Besuch wir allen Kollegen nur dringend anraten können!

Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt die Arbeiterbildung für brieflichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes, Sitz Frankfurt a. M. Interessenten an allen Orten Deutschlands erhalten den brieflichen Unterricht nach genauer Anleitung, schriftlich und kostenfreier Durchsicht ihrer Arbeit durch geprüfte Lehrer. Weitere Kosten als für Porto und Materialien erwachen den Teilnehmern nicht. Anfragen sind unter Beifügung des üblichen Portos an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35, zu richten.

Mein Haß.
Ich bin ein Haßer | Stupid und blind,
Dem Feuerwässer, | Die ihrem Hause
Den Wirtshausläufers, | Die Hölle sind. —
Den Fuchsläufers, | O diese Masse,
Den Schnapsgeffellen, | Wie ich sie haße!
(Vergarbeiter-Stg.)

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat März gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:
Für das 4. Quartal 1907: Brandenburg 56,43 M., Kassel 134,33 M., Köln a. Rh. 32,79 M., Brandenburg 4,75 M., Gera 1,50 M., Plauen 5,90 M., Stuttgart 53,99 M., Jittau 14,08 M.
Für das 1. Quartal 1908: Bayreuth 199,36 M., Breslau 3,50 M., Köln a. Rh. 3,50 M., Götting 234,20 M., Kärntenwalde 79,10 M., Leipzig 600,— M., Mainz 700,— M., Potsdam 24,50 M., Jittau 70,— M., Jvidau 91,84 M.
Für Kalender: Vant 7,— M., Bayreuth 4,50 M., Bremen 7,50 M., Eilen (Nabr) 13,— M., Gießen 10,— M., Jvidau 2,50 M.
Für Mitgliedsbücher-Kutterale: Vant 5,— M., Bayreuth 5,50 M., Eilen (Nabr) 2,— M., Kiel 50,— M.
Ferner gingen ein: Für Interate Berlin (Sektion 4) 18,15 M., Kiel 4,— M., Wandlerer Fahrradwerke 3,50 M., Verbandschriften 0,41 M., Durch Futmer 0,90 M.

Von Einzelmitgliedern:			
Nr. 30 151	4,55 M.	Nr. 31 981	3,25 M.
30 162	4,75	31 985	3,50
30 175	3,25	31 995	4,90
30 179	4,55	32 000	1,75
30 184	3,50	34 194	3,—
30 196	1,40	34 196	5,—
30 194	3,—	34 198	2,50
30 198	3,50	34 236	1,80
30 199	4,—	34 241	3,50
31 706	1,75	34 242	5,05
31 707	0,70	34 243	5,05
31 732	4,55	34 244	3,50
31 744	3,50	34 245	5,05
31 755	3,50	34 246	4,—
31 756	0,35	34 247	5,05
31 758	2,80	34 248	5,05
31 760	4,90	34 249	5,05
31 799	3,—	34 250	5,05
		Summa 263,60 M.	

G. A. H. Mann, Hauptkassierer.
Um Rückfragen zu vermeiden, bitte ich bei Geldübergaben stets anzugeben, wofür der Betrag ist.
T. D.

Totenliste des Verbandes.

Johann Maier, Colmar | Ernst Zickler, Dresden
† 26. März 1908 im Alter | † 27. März 1908 im Alter
von 25 Jahren. | von 49 Jahren.

Ludwig Burkus, Erlangen

† 2. April 1908 im Alter von 76 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!